

Leipzig. Die Zeitung
erscheint täglich Abends.
Zu beziehen durch alle
Postämter des In- und
Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Viertel-
jahr 2 Thlr. —
Insertionsgebühr für
den Raum einer Seite
2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht.

Deutschland. *Aus dem Freisgau. Vorschlag zu einem Verein für Ermittlung der deutschen Sprachgrenzen. *Dresden. Verhandlungen über den die Censurbefreiung betreffenden Gesetzentwurf. *Aus Kurhessen. Die Regierung soll das Gesetz über die gemischten Ehen nicht publiciren wollen. *Altenburg. Sammlung für eine protestantische Gemeinde in Mähren. Programm der Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthe.

Preußen. *Posen. Der Landtag. Großartige Bewilligung des Königs für Landstraßen. Die Erzbischofswahl. Veränderungen in dem Verwaltungspersonal.

Oesterreich. Das Fest des Erzherzogs Karl.

Spanien. *Paris. Staatspapiere. Untersuchungen in Barcelona. Das Cabinet will abtreten. Revision des Zolltarifs. Nachrichten aus Manila.

Großbritannien. Amerikanischer Opiumhandel. Die Staatseinnahme. Fest des Lordmayors. Wahlkämpfe. Das Küchengärtchen in der Südjsee. *London. Die Opiumfrage.

Frankreich. Pairskammer. Der Staatsrath. Der Gouverneur des Grafen von Paris. Guadeloupe. + Paris. Die Eisenbahn nach Lille und Calais.

Belgien. Verpraet kommt nach Brüssel zurück.

Niederlande. Ein Oppositionschriftsteller wird Legationsrath.

Schweiz. Eine Mystification in Betreff Hurter's.

Nordamerika. *Newyork. Der nächste Congress wird wahrscheinlich die Zölle ermäßigen. Gesetzliche Werthbestimmung des Zollvereinsthalers. Consulate. Stand des Verkehrs.

Uruguay. Veränderungen in den Ministerien. Verteidigungsmaßregeln.

Handel und Industrie.

Ankündigungen.

Deutschland.

* Aus dem Freisgau, 6. April. Die Frage: wo ist die Grenze, innerhalb welcher die nach Sprache und Sitte deutsche Nation ihre festen, abgeschlossenen Wohnsitz hat, abgesehen von politischen Landesgrenzen? ist, meines Wissens, mit Genauigkeit und für ihren ganzen Umkreis noch nicht gelöst, wenigstens habe ich mich vergebens nach Karten für diesen wichtigen Wissenszweig erkundigt. Es scheint unsferer Zeit vorbehalten zu sein, das Interesse für Nationalität auch auf Erörterungen hierüber auszudehnen, welche von patriotischen, für diesen Zweck hinlänglich ausgebildeten Männern, Hand in Hand mit Freunden aus den Nachbarnationen, an Ort und Stelle angestellt werden. Von dem Einzelnen läßt sich kaum die erforderliche Ausdauer und Ausrüstung mit Sprach- und topographischen Kenntnissen erwarten; ich schlage daher vor, das erwünschte Ziel auf dem Wege eines Vereins zu erstreben, welcher beiläufig auf folgende Weise gebildet werden könnte. Für jeden größern Theil der Grenze bildet sich in einer größern Stadt ein Hauptverein, z. B. für die Grenze durch Tirol in Innsbruck, für die Grenze durch die Schweiz in Bern, für Frankreich in Straßburg u. c. Sobald im ganzen Umkreise von Deutschland solche Hauptvereine bestehen, so beschicken sie einen Centralverein, der allenfalls in Gotha oder Weimar sich versammeln könnte, um sich über die Art und Weise einer gleichmäßigen Ausführung zu verständigen und darüber normgebende Statuten zu entwerfen. Es wäre zu verabreden: 1) daß und wo die zur praktischen Ausführung des Planes bestimmten Localvereine zu gründen seien. Wol zunächst in den Grenzstädten von 10 zu 10 Wegstunden. Bei ihrer Zusammensetzung wird natürlich Alles darauf ankommen, Männer für die Sache zu gewinnen, welche Sprachkenntniß mit Localkenntniß verbinden: Geistliche, Lehrer an höhern Schulen, Ingenieure, Geometer, Forst- und andere Administrationsbeamte, doch wäre natürlich jeder für den großen Zweck begeisterte Mann willkommen. 2) Diesen Localvereinen müßten gewisse Wahrzeichen angegeben werden, nach welchen das Vorhandensein der Sprache und Rationalität erkannt und anerkannt werden soll, damit bei der Ausmittelung nach gleichen Grundsätzen verfahren werde und nicht Patriotismus oder Phantasie die Wirklichkeit überschreite; z. B. Sprache, in welcher der Gottesdienst gehalten und Schulunterricht ertheilt wird, wol auch Kirchencult und Form der kirchlichen Handlungen, Gebräuche bei Hochzeiten u. c., Sprache der Kinder und auf

den Straßen, Namen des Ortes, der Feld- und Walddistricte, Inhalt der Grundbücher und anderer Gemeindefchriften; Pfarrbücher, alte Familiennamen, Inschriften in Kirchen, auf Grabsteinen u. c.; die alte Gau-, Cent- und Genossenschaftseintheilung und Verfassung; Gebirgszüge und sonstige natürliche Grenzen. Es müßte unterschieden werden zwischen Stadt- und Landbewohnern, zwischen höhern Ständen, unter welchen Einwanderer der die Landschaft beherrschenden Nation natürlich zahlreicher sind, und zwischen der eigentlichen Volksmasse; auch angegeben werden, wo die deutsche Sprache untergegangen ist und seit wann? 3) Die Arbeit der Localvereine könnte unmöglich eine einfache, geometrische Grenze bilden; es müßten aufgenommen werden: a) die letzten ungemischt deutschen Orte; b) gemischte, und zwar sowol der Mundart nach, wo nämlich die Einwohner Worte und Constructionen beider Sprachen durch einander gebrauchen, als den Familien, wol auch den Straßen und zerstreuten Wohnungen nach, unter Angabe des Mischungsverhältnisses; c) Enclaven jenseit der eigentlichen Sprachgrenze, wenn sie ungemischt oder wenig beigemischt sind; d) die Orte der fremden Sprachgrenze müßten ebenfalls namentlich benannt werden. 4) Jeder Localverein erhält eine bestimmte Strecke zugewiesen und wird mit einer möglichst genauen Karte ausgestattet, nach gleichem Maßstab, allenfalls zu 1/10,000 der wirklichen Größe; dann aber wird er seine Strecke sorgfältig und mehrmals bereisen, seine Wahrnehmungen mit jenen der beiden anstoßenden Localvereine austauschen, die Bemerkungen verständiger Grenzbewohner damit vergleichen und dann seine Karte mit einem Commentar und urkundlichen Belegen an den Hauptverein einsenden, welcher sie 5) in freundschaftlichem Verkehr mit den Männern, welche das verdienstliche Werk vollbracht haben, prüfen und zusammenstellen, sodann an den Centralverein übersenden würde. 6) Die Aufgabe des letztern, an dessen Spitze ich freudig einen edlen deutschen Fürsten zu erblicken hoffe, wäre: Leitung des schwierigen, vielgestalteten Geschäftes, Beantwortung der vorkommenden Zweifel und Anfragen nach gleichen Grundsätzen, Erinnerung der Localvereine, wo es Noth thut Abordnung eines Technikers zu ihrer Unterstützung, Aufbringung der Geldmittel, soweit die Hauptvereine damit nicht aufkommen, endlich Zusammenstellung einer vollständigen correcten Karte. Es bedarf wol nur eines ernstlichen Unternehmens, eines Anfangs in irgend einem Grenzgau, um auch die übrigen zur Theilnahme an demselben zu ermuntern. Zu seinem Gedeihen wäre allerdings unumgänglich nothwendig, daß es rein wissenschaftlich betrieben und jeder Schein von politischen Beziehungen sorgfältig vermieden würde.

* Dresden, 7. April. [Fortsetzung des Berichts der Verhandlungen über den Gesetzentwurf: die Befreiung der über 20 Bogen starken Druckschriften von der Censur betreffend.] Minister Rostig und Jändendorf: Feind allen erfolglosen Erörterungen, hege er nicht die Absicht, auf einen Kampf gegen das Princip der Pressfreiheit und für den Werth der Censur einzugehen; er wolle nur mit der gewohnten Offenheit über den vorliegenden Beratungsgegenstand seine Ansicht aussprechen und einige Angriffe in ihrem wahren Lichte zeigen. Nach seiner Ueberzeugung sei in der von ihren enthusiastischen Freunden erstrebten Pressfreiheit für den Staat allerdings kein Heil zu erblicken; darum wolle er aber nicht läugnen, daß auch die Censur ihre großen Mängel und Schwächen habe. Einer weitem Darlegung seiner Ansichten bedürfe es indessen gegenwärtig nicht, da Censur einmal bundesgesetzlich bestehe und jene Pressfreiheit dadurch ausgeschlossen sei. Es handle sich daher nur darum, der Presse jenes Maß freier Bewegung zu gewähren, das im Interesse des Staats und in der Bundesgesetzgebung begründet sei. Von diesem Standpunkte habe die Regierung ihre Aufgabe betrachtet und sie glaube, sie vollkommen und ausreichend gelöst zu haben. Der Presse die nöthige und nach den angedeuteten Grenzlinien mögliche Freiheit zu gewähren, der Regierung die nöthigen und ausreichenden Mittel gegen den Mißbrauch: das sei bei der Bearbeitung der Gesetzentwürfe das Ziel der Regierung gewesen. Da dieselbe von der Wichtigkeit dieses Standpunkts noch fortwährend überzeugt sei, so werde sie auch an den Grundsätzen des Entwurfs festhalten. Prüfe die Kammer genau

das Gebotene und vergleiche sie es mit dem gesetzlich Bestehenden, so werde ihr der Unterschied nicht entgehen, sie werde das wohlmeinende Streben der Regierung, das nach den angedeuteten Gesichtspunkten Mögliche zu gewähren, nicht verkennen.

Noch fühle er die Pflicht, über den vielfachen Tadel der bestehenden Einrichtungen und die deshalb sowol in als außerhalb der Kammer auf das Ministerium geschehenen Angriffe in einigen Worten sich zu äußern. Immer und immer nenne man den Zustand der Presse einen sehr bedrängten. Er müsse widersprechen; denn die Censur werde nicht zu streng gehandhabt. Nach dem Maßstabe ausschweifender Anforderungen möge dieselbe allerdings noch Vieles zu wünschen übrig lassen, aber das sei nicht der Maßstab der Regierung. Die Censur werde auf eine Weise verwaltet, daß dadurch die wohlthätige Wirksamkeit der Presse für das Gemeinwesen nicht gehindert werde. Die Censoren seien ehrenwerthe Männer von der erforderlichen Einsicht, zum Theil von ganz vorzüglicher Geistesbildung. Es bestiehe zur Abhülfe von Beschwerden seit 1836 ein geordneter Instanzenzug, die Veröffentlichung der von demselben Jahre datirenden Censurinstruction erleichtere dem Betheiligten das Urtheil über die Zulässigkeit des Geschriebenen und gewähre dem umsichtigen Censor eine genügende Richtschnur. Diese Instruction sei in einem anerkennungswerthen Geiste der Humanität und Milde, nach einem nur durch die Nothwendigkeit der Verhütung des Mißbrauchs begrenzten Princip möglichst freier Bewegung der Presse abgefaßt. Zu ihrer wahren Würdigung werde es vielleicht beitragen, wenn er erwähne, daß das im vorigen Jahr erschienene preussische Censuredict, das als eine liberale Maßregel so viele Lobpreisungen gefunden habe, im Wesentlichen nur den Inhalt der sächsischen Censurinstruction wiedergebe, ja von dieser noch übertroffen werde. Die in Sachsen der Presse eingeräumte Freiheit sei eine größere als in irgend einem andern deutschen Staate. Davon überzeuge man sich durch einen Blick auf die erscheinenden Tagesblätter, auf die mannichfachen Erzeugnisse der Presse. Nicht selten überschreite sie die Grenzen des Anstandes, der Besonnenheit und der Mäßigung, welche allein geeignet wären, der Wahrheit Eingang zu verschaffen. Man könne daher unmöglich behaupten, daß es um Das Schade sei, was die Censur streiche, und daß das Gemeinwesen dabei etwas verliere. Wer ihm durch die Presse wahrhaft förderlich werden wolle, dem ständen die Spalten der öffentlichen Blätter unverkümmert offen. Wenn man sage, die Censur unterdrücke das Gute, so könne man mit gleichem Rechte sagen, die Pressfreiheit befördere das Schlimme. Wenn man daher einer ruhigen Prüfung Raum gebe und zu einer Vergleichung des frühern und des jetzigen, des sächsischen und des ausländischen Zustandes der Presse sich herbeilasse, könne man da behaupten, daß das Bestehende jene schwarze Schilderung verdiene? Zu besonderer Vorsicht sei die Censur da verpflichtet, wo es sich um Beziehungen zum Auslande handle. Die Regierung werde in dieser Hinsicht bittere Ausfälle niemals dulden, vielmehr strenge jede Nachsicht rügen, und wenn sie dies thue, handle sie nur im wohlverstandenen Interesse des Landes. Wie groß aber immer auch das Feld sei, welches der Presse frei stehe, immer wiederholten sich die nämlichen Klagen über Knechtschaft. Sei das keine Uebertreibung? Berücksichtige man, mit welcher Leidenschaft die Presse ihre eigne Sache führe, so fühle man sich dadurch nicht besonders aufgefordert, ihr für die erstrebte Freiheit das Wort zu reden. Wer es sich zur Aufgabe mache, die Zeitgeschichte zu beobachten, werde finden, daß die Censur nie mit größerer Milde geübt wurde, aber auch, daß diese Milde die Begehrlichkeit gesteigert habe. Wäre es daher nicht besser gewesen, wenn die Presse durch einen gemäßigten Gebrauch des ihr gestatteten Spielraums eine Bürgschaft für eine dereinstige umfassendere Freiheit gegeben hätte? Man berufe sich darauf, daß die gewünschte Freiheit das Interesse an der öffentlichen Meinung fördere. Nun, die öffentliche Meinung könne man hochachten, auch er thue es, ohne die Presse für das lautere Organ derselben zu halten; er ehre die öffentliche Meinung als unabhängig von der Presse. Er glaube nicht, daß in Sachsen das Verlangen nach jener Pressfreiheit die öffentliche Meinung sei. Hielte man im Land eine Umfrage, so würde sich finden, daß, Die ausgenommen, die durch ihr Gewerbe in näherer Beziehung zur Presse ständen, nicht eben Viele in jenes Verlangen einstimmen würden. Man müsse doch, wenn die Presse durch Lüge und Spott den guten Ruf der Staatsbürger antastete, Mittel in den Händen haben, ihr hierin mit Erfolg entgegenzutreten, es lasse sich daher ein Einverständnis mit einer dagegen schützenden Gesetzgebung voraussetzen.

Man spreche mit Vorliebe von den Segnungen der Presse in den Ländern, in welchen Pressfreiheit bestehe; es lasse sich aber noch bezweifeln, ob das Urtheil hierüber auf ganz sichern Grunde beruhe. Noch nie sei genau abgemogen, wie viel Heil oder Unheil die Presse in jenen Ländern gestiftet habe. Man betrachte sie als ein ganz nothwendiges Bildungsmittel. Er müsse aber läugnen, daß der Culturzustand eines Volks abhän-

gig sei von dem Maße der ihm gewährten Pressfreiheit. Stehe das sächsische Volk einem Volke nach, das diese Pressfreiheit genieße? Für die Volksbildung forge Kirche und Schule, und es reiche daher auch von diesem Gesichtspunkte das der Presse in dem Entwurfe gewährte Maß von Freiheit völlig aus. Man berufe sich ferner auf die Verfassungs-urkunde und mahne an die Erfüllung des darin Zugewagten. Es bedürfe dieser Mahnung nicht. Denn was an ihr sei, habe die Regierung gethan, diese Zusage zu erfüllen. Der Ständeversammlung sei zu diesem Zweck ein Entwurf im Jahr 1833 vorgelegt worden, ein zweiter am vorigen Landtage, der dritte liege jetzt zur Verathung vor. Fast möchte daher die Regierung die Verpflichtung zur Initiative rück-sichtlich dieses Gegenstandes für erschöpft halten. Die Schwierigkeit der Aufgabe ergebe sich satzsam daraus, daß auch in andern Ländern die Versuche, diese Angelegenheit gesetzlich zu ordnen, zumeist schon im Entstehen gescheitert seien. Auch hier werde es nur dann zu einer Einigung kommen, wenn man die Ansprüche herabstimme und der Regierung die gegen den Mißbrauch erforderlichen Garantien nicht versage. Man sage: der Mißbrauch dürfe nicht präsumirt werden — und doch fehle es nicht an zahlreichen Beispielen desselben. Man bezeichne diese Angelegenheit als einen seit Jahren anhängigen und unentschiedenen Proceß. Dies sei wahr, aber es werde auch dieser Proceß so lange anhängig bleiben, als man sich nicht zu einem Vergleiche herbeilasse, bis man begehre mit Mäßigung und gewähre mit Vorsicht. Noch habe er sich auszusprechen über die Preßpolizeiverordnung vom 13. Oct. 1836. Als das Ministerium um diese Zeit die Censurangelegenheiten übernommen habe, sei die Frage entstanden, welche Normen und Vorschriften für diesen Gegenstand vorhanden und wie sie übersichtlich im Interesse der Verwaltung und der Betheiligten zusammenzustellen seien. Das Ministerium habe eine übersichtliche Zusammenstellung des Brauchbaren der zerstreuten mannichfachen Vorschriften über diese Verwaltungsangelegenheit und durch den Zweck einer umfassenden Ordnung derselben gebotene veränderte Einrichtungen und Anordnungen für nöthig erkannt, einestheils um die Handhabung der bestehenden preßpolizeilichen Aufsicht zu erleichtern und wirksamer zu machen, anderntheils den Betheiligten ein Mittel zu einer geregelteren Beobachtung der bestehenden Vorschriften zu gewähren, dabei aber eine schonendere Handhabung der Censur sich zur Aufgabe gemacht. Mißbilligung und Tadel hätten sich erwarten lassen; habe es sich doch um Censur gehandelt, hätten doch sogar Manche den frühern Zustand bequemer gefunden. Er achte jeden Stand, den besonders, der die Aufgabe habe, für den Fortschritt im Gebiete des Wissens zu arbeiten; aber die Erfahrung liege auch vor, daß, wenn es sich um Beobachtung von Censurgesetzen handle, nicht selten die Befolgung layer Grundsätze ihre Uebertretung eben nicht als etwas Verwerfliches erscheinen lasse. Er spreche nicht von Vielen, sondern nur von Einzelnen, aber an Fällen geflüstelter Hinterziehung der Censur fehle es nicht.

Den Vorwurf, als ob jene Verordnung von nachtheiligen Folgen für den Flor des Buchhandels u. gewesen sei, widerlegten statistische Ergebnisse. Die Zahl der Buchdrucker wie die der Buchhändler hätte sich seit dem Jahr 1836 nicht vermindert, sondern vermehrt, indem 36 neue Concessionen erteilt worden seien. Ebenso sei eine Verdoppelung der Zahl der Maschinenpressen, eine ansehnliche Vermehrung der Setzer und Drucker eingetreten und ein Steigen der Zahl der aus den leipziger Pressen hervorgegangenen Erzeugnisse, auch der ausländischen, sei zu bemerken gewesen. Gleichfalls habe eine ansehnliche Vermehrung der Zeitschriften stattgefunden. In sechs Jahren seien 184 Concessionen zu solchen erteilt worden, ein Verhältnis, wie es wol nicht leicht in gleichem Umfang in einem andern Staate vorkomme. Sei das nicht ein redendes Zeugnis gegen die dem Ministerium untergelegte Absicht einer engherzigen Beschränkung der Presse, und könne ein solcher Zustand des Buchhandels und Buchdruckereigewerbes mit Grund ein gesunkener genannt werden? Wie wenig rechtfertigte sich unter solchen Verhältnissen eine Bezeichnung jener Verordnung, wie die in einer der leipziger Petitionen gebrauchte und von einem Abgeordneten in diesem Saale wiederholte. Noch mehr müsse er bedauern, daß eine gedruckte Petition vorliege, die jene Leidenschaftlichkeit des Tons bis auf die höchste Spitze treibe. Besonders bedauere er, daß auch hier eine diesem Tone sich anschließende Kritik der gedachten Verordnung vernommen worden sei. Mit einer immer steigenden Härte des Ausdrucks habe gestern der Abg. v. Waidorf von Härte, Inquisition und heimlicher Behme gesprochen. Es gebe eine Freimüthigkeit, die auch dem Gegner Achtung einflöße, allein er müsse bedauern, diese Sprache habe einen ganz andern Eindruck auf ihn gemacht und in ihm die Ueberzeugung befestigt, daß Maßlosigkeit überall ihr Ziel verfehle. Er überlasse dies der Censur des großen Publicums, die fragliche Verordnung vertrete er aber vor jedem Forum. Man könne ein Gegner der Censur im Princip sein, allein so lange sie landesgesetzlich bestehe,

folgte
digen
eine co
erwidert
auch r
folg.
so beim
stößigen
ebenso
der nac
folgten
bemerk
zu vern
Verlag
gung g
sen. V
anlange
herer P
wirklich
rium de
bewußt
nen mü
eignet,
Kreisen

* A
fere Re
lung an
gemisch
der Mel
sodas v
ter den
noch for
Bischofs
ben, ist

* A
chen des
Dube n
Stelle
hatte.
digung
und die
der betre
dabei die
einmal v
mittelbar
Geistlich
geblieben
hinaus v
werth w
Stiftung
durch der
weniger
der de u
res sind
genstände
den. Di
indessen
Namentlich
burgischer
jähriges
seits wä
wünschen

* Po
über das
Bescheide
unwahr;
neue Dr
zu erlassen
mäßig so
gangenen
sind freili
Inhalte
Durch der
gewidmet
in zwei C

folgte man sich doch auch über sie mit der allen Landesgesetzen schuldigen Rücksicht ausdrücken. Man habe noch gesagt, mit Censur sei eine constitutionelle Regierung unvereinbar. Darauf habe er nur zu erwidern, daß die sächsische Regierung fortwährend versuchen werde, auch mit Censur constitutionell zu regieren, und er hoffe, mit Erfolg. Was zuvörderst den Erlaß einer Specialverordnung anlangt, so bemerkte er, daß eine solche allerdings in Betreff der Schriften anstößigen Inhalts für befreundete Bundesregierungen ergangen sei, ebenso beruhe der von einem Abgeordneten zur Sprache gebrachte Fall der nach erteiltem Imprimatur auf Anordnung des Ministeriums erfolgten Confiscation einer Schrift in Wahrheit. Er müsse jedoch dazu bemerken, daß diese Maßregel durch den Umdruck von drei Blättern zu vermeiden gewesen sein würde. Den Inhabern der betheiligten Verlags-Handlung sei auch von Seiten des Ministeriums diese Bedingung gestellt worden, allein dieselben hätten sie von der Hand gewiesen. Was die von einem Abgeordneten mitgetheilte Censurinstruction anlangt, so sei dieselbe vom Ministerium nicht ausgegangen; bei näherer Prüfung des Sachverhaltes ergebe sich jedoch auch, daß es ihrer wirklich bedurft habe. Zum Schlusse bemerkte er, daß das Ministerium dem Schicksale des Gesetzentwurfs mit Ruhe entgegensehe, sich bewußt, gewollt zu haben, was es für angemessen und recht erkennen müsse. Die Stellung des Ministeriums sei überhaupt nicht geeignet, für seine Wirksamkeit in dieser Angelegenheit ihm in gewissen Kreisen gerechte Würdigung zu verschaffen. (Fortf. in der Beil.)

* **Aus Kurhessen, 9. April.** Dem Vernehmen nach hat unsere Regierung jetzt die Absicht, das neue, von der Ständeversammlung angenommene Gesetz über die Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen, durch welches bestimmt wird, daß alle Kinder in der Religion des Vaters erzogen werden müssen, nicht zu publiciren, sodas vorläufig die bisherigen Bestimmungen, nach welchen die Töchter den Glauben der Mutter, die Söhne den des Vaters annehmen, noch fortbestehen würden. Ob diesen Entschlus die Protestation des Bischofs und Domcapitels zu Fulda oder andere Motive veranlaßt haben, ist noch unbekannt.

* **Altenburg, 11. April.** Am vorigen Sonntage ward in den Kirchen des hiesigen Landes für eine evangelische Gemeinde, Ober-Dubenky im Markgrafthume Röhren, eingesammelt, die an höchster Stelle um Unterstützung zur Erbauung einer eignen Schule nachgesucht hatte. Jene Gemeinde, so vernahm man aus der öffentlichen Abkündigung, hat seit 16 Jahren zu dem Bau eines Schulhauses gesammelt und die Erlaubniß dazu erhalten. Dagegen hat ein strenger Befehl der betreffenden Behörde im Jahr 1842 den Bau sofort sistirt und dabei die Bedingung gestellt, daß die dazu erforderlichen Mittel auf einmal und zwar vollständig herbeigeschafft werden. Dies hat die unmittelbare Folge gehabt, daß die Schuljugend mit ihrem Lehrer und Geistlichen nicht nur auf die bisherige dürftige Privatwohnung beschränkt geblieben, sondern daß die Aussicht auf ein Schulhaus auf lange Jahre hinaus verschoben, wenn nicht für immer verhindert ist. Wünschenswerth wäre es übrigens, wenn man sich auch hier der Gustav-Adolfs-Stiftung anschloße und dadurch die pecuniären Kräfte concentrirte, die durch dergleichen vereinzelt Emsammlungen zersplittert werden und dann weniger nachdrücklich wirken. — Die Vorbereitungen zur Versammlung der deutschen Forst- und Landwirthschaft im September dieses Jahres sind in lebhaftem Gange. Das erschienene Programm enthält Gesandtschaften und Fragen, die zur Erörterung in Vorschlag gebracht werden. Die aufgestellten Preisaufgaben fixiren interessante Fragen, die indessen nur zum Theil in der gestellten Frist gelöst werden können. Namentlich dürfte zu einer „Geschichte der Landwirthschaft im altenburgischen Osterlande“, sofern sie nur irgend genügen soll, ein mehrjähriges gründliches und sehr mühsames Studium gehören. Andererseits wäre eine sorgfältige Beantwortung dieser Frage gar sehr zu wünschen.

Preußen.

* **Posen, 9. April.** Alles, was man in auswärtigen Blättern über das Verfahren unsers Landtags nach Eingang des allerhöchsten Bescheides auf die übersandte Adresse gelesen, ist mehr oder weniger unwarh; der Landtag hat weder beschlossen, sich aufzulösen, noch eine neue Adresse an den Monarchen als Antwort auf den königl. Bescheid zu erlassen, sondern hat vielmehr seine Beratungen bis heute ordnungsmäßig fortgesetzt und die allerhöchsten Propositionen sowie die eingegangenen Petitionen einer gründlichen Erörterung unterworfen. Letztere sind freilich zum größten Theil unberücksichtigt geblieben, da sie ihrem Inhalte nach sich zur Befürwortung des Landtags nicht qualificirten. Durch den unermüdelichen Eifer, den die Abgeordneten ihren Geschäften gewidmet haben, ist es ihnen möglich geworden, obgleich die Debatten in zwei Sprachen geführt wurden, die sämtlichen Vorlagen zu erle-

bigen, sodas am 11. April die Schlussfikung statthaben wird. Heute geben die Stände dem Oberpräsidenten v. Deumann, als Landtagscommissar, ein großartiges Diner. — In nichtpreussischen und preussischen Zeitungen ist neuerdings behauptet worden, nicht Fürst Radziwill und Graf Eduard Raczynski seien es gewesen, welche sich von der Unterzeichnung der bekannten Adresse ausgeschlossen, sondern zwei deutsche Mitglieder des Landtags. Dem ist jedoch nicht so; von den deutschen Abgeordneten hat nicht ein einziger gegen die Adresse gestimmt, wie unbegreiflich dies auch scheinen mag, da es selbst hier kaum Jemand begreift, und jene beiden Männer sind es ausschließlich gewesen, welche sich derselben widersetzt haben. Die Unterzeichnung ist ihr jedoch nur vom Grafen Raczynski versagt worden, indem Fürst Radziwill, nachdem er sein abweichendes Separatvotum entwickelt und zu Protokoll gegeben, der Landtagsordnung gemäß den Beschluß der Majorität mitunterzeichnet hat. Von dem Verfahren der Stadt Bromberg gegen ihren Abgeordneten, sowie von ihrer Loyalitätsadresse an den König haben wir hier erst durch fremde Blätter Kunde erhalten; wir müssen die Wahrhheit derselben daher jedenfalls dahingestellt sein lassen. Wenn jedoch behauptet wird, die Stadt habe auf Cassation ihres Abgeordneten, der zugleich ihr Bürgermeister ist, angetragen, so erscheint dies kaum glaublich, da derselbe ja ein bestimmtes Commissorium von der Stadt nicht erhalten hat, er also für sein Botum, das vielleicht mit seiner Ueberzeugung übereinstimmt, auch nicht verantwortlich gemacht werden kann. Das Räthsel, wie sämtliche deutsche Abgeordnete dazu gekommen sind, die Adresse, die eine Desavouirung des Namens Preußen involvirt, nicht bloß mitzuunterschreiben, sondern vielmehr ihr von vorn herein beizustimmen, bleibt unaufslösl; denn wenn man auch zuzugeben genöthigt ist, daß ein großer Theil der hiesigen Deutschen eifrigere Polen sind als die geborenen Polen selbst, so läßt sich dies doch nicht von sämtlichen deutschen Landtagsabgeordneten sagen, unter denen mehre preussische Beamte sind. Spashtast ist es, daß einzelne starke Geister, die anfangs für die Adresse schwärmten und sich die großartigsten Erfolge davon versprochen, jetzt die ganze Schuld auf die unziemliche und ungeschickte Redaction schieben, was namentlich von mehren Polen gilt, welche geradezu erklären, daß sie wegen unzulänglicher Kenntniß der deutschen Sprache die unangemessene Abfassung der Adresse nicht gehörig hätten beurtheilen können. Die schlimmste Folge der Adresse war die scheinbar wohlbegründete Besorgniß, der König werde einen gewissen Groll gegen die Provinz hegen und ihr nicht mehr so viele Beweise von Huld zu Theil werden lassen als bisher. Diese Besorgniß ist aber auf eine höchst erfreuliche und überraschende Weise beseitigt worden, und der König hat gegen unser Großherzogthum aufs neue wahrhaft groß und königlich sich gezeigt. Am 5. April nämlich ist beim hiesigen Landtage eine nachträgliche allerhöchste Proposition eingegangen, der Provinz zum Bau der ihr so dringend nöthigen Chaussees die große Summe von 600,000 Thlrn. bewilligen zu wollen, wenn die Provinz sich bereit erkläre, innerhalb 15 Jahren eine gleiche Summe zu demselben Zwecke aufzubringen. Dieser allerhöchste Gnadensbeweis ist von den Ständen in der gestrigen Sitzung mit tiefgeföhltm Danke angenommen worden. Allerdings widerfährt dadurch unserm Großherzogthume die größte Wohlthat, da wir bis jetzt nur Kunststraßen von Bromberg und Posen nach Berlin und von Posen nach Glogau besitzen, andere, wie nach Breslau und Thorn, erst im Bau begriffen sind. Unsere Provinz aber besteht theils aus Sand-, theils aus schwerem morastigen Boden, sodas dort die Wege bei trockenem, und hier bei feuchtem Wetter gar nicht zu passiren sind. Durch dieses königliche Gnadengeschenk und den Provinzialauschuß hofft man, binnen einigen Jahren ein Netz von 80 Meilen an Kunststraßen herzustellen, wodurch der Grundwerth der Provinz außerordentlich steigen muß. So war es, um nur ein Beispiel anzuföhren, bisher völlig unmöglich, die Bodenproducte des ungemein fruchtbaren Kujaviens anders als bei ganz trockenem Wetter zu Markte zu bringen, indem sonst die Moorwege keine Passage zuließen.

Die Wahl unsers Erzbischofs hat noch nicht stattgehabt, auch wissen wir bis heute nicht, wann sie vor sich gehen wird, da die ihr entgegenstehenden Hindernisse noch nicht beseitigt sein sollen. Der Wunsch, daß die Wahl auf einen Mann fallen möge, der frei von allem gehässigen Fanatismus die frühere mildere Kirchenpraxis wieder einföhrt, ist allgemein — bei Katholiken wie bei Protestanten. Das Volk hat den confessionellen Streit satt, und nur ein Theil des Klerus sieht darin noch einen Stützpunkt für hierarchische Bestrebungen. — In unserer höhern Beamtenwelt haben unlängst einige Veränderungen stattgefunden: der bisherige Landrath und Polizeidirector Baron v. Minutoli, einer unserer ausgezeichnetsten und thätigsten Beamten, ist ins Ministerium des Innern versetzt, und der Regierungsrath Klebs zum Präsidenten der Generalcommission ernannt worden.

Oesterreich.

Am 5. April hat das glänzende Fest zu Ehren des Erzherzogs Karl stattgefunden. Eine große Revue vereinigte die gesammte Garnison von Wien, die dazu nach Wien commandirten Abtheilungen der beiden Regimenter, die den Namen des gefeierten Helden tragen, die Zöglinge der Ingenieur-Akademie, die Invaliden und besonders geladene Veteranen der Schlachten von Aldenhoven und Neerwinden. Nach öffentlich abgehaltener Feldmesse und Lebeum überreichte der Kaiser vor den gesammten Truppen dem Erzherzoge die Insignien des Marien-Theresienordens in Brillanten. Erzherzog Johann, nach dem Jubelhelden das älteste Großkreuz dieses Ordens, der nur in Kampf und Gefahr verdient wird, hielt eine Anrede an seinen gefeierten Bruder, die dieser mit tiefer Rührung erwiderte. Die Truppen defilirten vor dem Kaiser. Mittags war Familientafel im festlich und kriegerisch geschmückten Ceremoniensale, wozu sämmtliche zu der Feier erschienene Marien-Theresienordenritter zugezogen wurden. Die ausgerückte Mannschaft, vom Feldwebel abwärts, mit Inbegriff der Invaliden, erhielt eine dreitägige Gratisköhnung.

Spanien.

* Paris, 8. April. Die Gaceta de Madrid enthält eine Verfügung über Erneuerung der Titel verschiedener Theile der öffentlichen Schuld, nämlich der 4- und 5procentigen inneren consolidirten Schuld auf den Inhaber, der unverzinslichen und der 5procentigen schwebenden Schuld. Die neu auszugebenden Staatspapiere sollen dem Werthe nach in fünf Serien zerfallen, von denen die niedrigste auf 1000 Realen gestellt ist. Die nöthigen Ausgleichungen werden durch baare Zahlung der Ueberschüsse bewirkt werden. Für die ganze Operation ist eine am 1. Jul. anfangende Frist von vier Monaten gestellt worden. — Ein anderer Erlass der Regierung macht der administrativen Untersuchung ein Ende, welche gegen die während des letzten Aufstandes im Hafen von Barcelona oder in der Stadt selbst anwesenden Seeoffiziere eingeleitet war. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist die Ueberzeugung gewesen, daß jene Männer durchaus ihrer Pflicht gemäß gehandelt. Nur zur Aburteilung über den Fregatencapitain Don Eusebio Salcedo ist, auf dessen eignes Ansuchen, ein Kriegsgericht niedergesetzt. — In der letzten Versammlung der ministeriellen Congregationsmitglieder trat der Marineminister Fr. Salatrava mit folgender Erklärung auf: das gegenwärtige Cabinet habe sich von Anfang an als ein interimistisches angesehen und sich nur in Betracht der dringenden Umstände dazu entschlossen, die seine Kräfte übersteigende Last der öffentlichen Geschäfte bis jetzt auf seinen Schultern zu behalten; angesichts des Zusammentretens der Cortes habe es schon am 16. März dem Regenten seine Entlassung eingereicht, sich aber bereit erklärt, vorläufig noch im Amte zu bleiben, um der Nationalrepräsentation von seinem Verfahren Rechenschaft abzulegen und sie in den Stand zu setzen, mit vollständiger Kenntniß der Sache ein unparteiisches und gerechtes Urtheil über die seit der Auflösung der vorigen Cortes befolgte Politik zu fällen; jedenfalls aber sei der Augenblick nahe, wo ein anderes Ministerium es übernehmen werde, die durch die Lage des Landes nothwendig gemachten Maßregeln zu Ende zu führen. Der Marineminister schloß mit der Aufforderung, daß die Regierungspartei ihre Kräfte nicht in zwecklosen Anstrengungen zur Vertheidigung des gegenwärtigen Cabinets verschwenden möge. Die Opposition zeigt sich sehr zufrieden mit dieser Erklärung, sie macht aber dem Ministerium einen Vorwurf daraus, daß es seinen Entschluß des Rücktritts so lange verschwiegen habe. — Von vielen Seiten verlangt man dringend eine gründliche Revision des spanischen Zolltarifs. Diese Maßregel wird für eine unerlässliche Voraussetzung des Gelingens der gegen den Schmuggelhandel gerichteten Anstrengungen gehalten. Ein ausschließlich den Gewerbs- und Handelsinteressen gewidmetes Blatt will, daß bei Festsetzung der Steuerföge vorzüglich darauf gesehen werde, ob die Natur der Waaren und besonders ihr Gewicht und ihre Masse der Contrebande günstig sind oder nicht, und seiner Ansicht nach sind die Gegenstände, welche sich der Aufmerksamkeit der Zollbeamten leicht entziehen lassen, beim Tarife wenig oder gar nicht zu berücksichtigen, dagegen aber Naturerzeugnisse und grobe Manufacturwaaren mit starken Schutzöllen zu belegen. — Seit einigen Tagen erscheint in Madrid ein neues absolutistisches Blatt, „El Reparador“, mit dem Wahlsprüche „Rey, ley, religion“ (König, Gesetz und Religion). — Man beklagt sich in der spanischen Hauptstadt über das Ueberhandnehmen von Diebstählen und Räubereien, welche zuweilen in den Straßen der Stadt von ganzen Banden wohlbewaffneter Spießhüben ausgeübt werden. — Die neuesten über Madrid eingetroffenen Nachrichten aus Manila wissen noch nichts von dem Aufstande, welcher auf jener Insel stattgefunden haben soll. (Nr. 10.) Der Handelsstand von Manila

beschwert sich über die eigenmächtige Erhöhung des auf dem Taback liegenden Ausfuhrzolles, den der Generalintendant um 5 Realen für die Kiste vermehrt hat. In Folge dieser Maßregel stockt der Absatz des Tabacks aus den königl. Magazinen gänzlich. Die öffentlichen Kassen leiden unter diesem Zustande der Dinge so sehr, daß man sich genöthigt gesehen, verschiedene von der madriker Regierung auf Manila gezogene Wechsel in Taback zu bezahlen. Da diese an Geldesstatt gegebene Waare aber natürlich nicht zu ihrem vollen Werthe angenommen ist, so ist vorauszusetzen, daß sie auch wieder unter dem Preise verkauft werden wird, und man fürchtet demnach, daß diese Vorgänge einen sehr ungünstigen Einfluß auf den Vertrieb des Manilatabacks auf dem europäischen Markte haben werden.

Großbritannien.

London, 7. April.

Unter den Gründen, welche Lord Ashley im Unterhause zur Unterstützung seines Antrags auf einen Beschluß gegen das Opium anführte, befand sich auch die Angabe, daß der Missionsverein der Anabaptisten 500 Pf. St. für einen nach China zu sendenden Missionar bestimmt hätte, diese Summe aber keinem Engländer, sondern einem Missionar aus den Vereinigten Staaten zuwenden wollte, weil die Engländer sich durch den Opiumhandel in China so verhaßt gemacht, daß nur von den Amerikanern, denen man einen solchen Vorwurf nicht mache, eine segensreiche Wirksamkeit zu erwarten sei. Von mehreren Seiten zog man indeß die Richtigkeit dieser Angabe in Zweifel, jedenfalls aber, wurde hinzugefügt, würde sie nur einen Beweis von Unkenntniß der Verhältnisse bilden, denn statt keinen Schmuggelhandel mit Opium zu treiben, seien die Schiffe der Vereinigten Staaten vielmehr im höchsten Grade damit beschäftigt, hätten sich z. B. die ganze Opiumausfuhr der Türkei vollständig angeeignet und diesen beträchtlichen Theil der Opiumeinfuhr in China fast zu ihrem Monopol gemacht. Die Times nennt die ganze Erörterung über Lord Ashley's Antrag unbefriedigend. „Dieser war zu unbestimmt und allgemein. Er umfaßte nicht bloß den englischen Opiumhandel und den Opiumhandel mit China, sondern allen Opiumhandel, von und mit wem er auch betrieben werde. Buchstäblich schien er nicht weniger als eine völlige Vernichtung des Opiums zu bezwecken und England verpflichten zu wollen, dieses eben so zu bekämpfen wie den Skavenhandel.“ Als einen andern Einwurf hebt die Times hervor, daß die meisten Beschwerden über den Opiumhandel nur dessen Schmuggel betrafen, was vielleicht jetzt durch eine Uebereinkunft zwischen Sir H. Pottinger und dem Commissar Clepu unnöthig gemacht sein dürfte.

— Für das am 5. April endende Quartal haben die Staatseinnahmen 10,469,477 Pf. St. oder 1,748,945 Pf. St. mehr als in demselben Zeitraume des vorigen Jahres, und für das am 5. April endende Jahr haben sie 46,078,810 Pf. St. oder 714,983 Pf. St. mehr als in dem vorhergehenden Jahre betragen. Die Zölle haben in diesem Quartale wieder 275,516 Pf. St. weniger betragen als in demselben Zeitraume des vorigen Jahres, woran das Stocken des Weinhandels in Folge der Unterhandlungen mit Portugal und die Ermäßigung des Zolltarifs Schuld sind. Der ganze Ausfall in den gewöhnlichen Einnahmen beträgt nur 307,220 Pf. St., oder kaum die Hälfte von dem Acciseausfall des vorigen Quartals. Die Post, die Einkommensteuer und die 511,406 Pf. St. Sycefsilber aus China haben dagegen diesen Ausfall gedeckt und den Ueberschuß geliefert. Die Einkommensteuer brachte bis jetzt 2,456,288 Pf. St., wovon 1,885,232 im ersten Quartale dieses Jahres. Selbst die ministeriellen Journale bezeichnen das Ergebnis im Ganzen durch ihr Stillschweigen als unerreulich.

— Der Lordmayor hat wieder eins seiner glänzenden Festmahle gegeben, bei dem Sir R. Peel, der Lordkanzler, der Sprecher u. zugegen waren. Bemerkenswerth war, daß selbst Lord Brougham nicht bloß an diesem mit den von ihm bekämpften Mißbräuchen der Cityverwaltung in Verbindung stehenden Schmause Theil nahm, sondern daß auch der Lordmayor sehr artig seine Gesundheit ausbrachte als „eines der ausgezeichnetsten Männer, die England je hervorgebracht, im Besitze der größten Talente und Kenntnisse und durch seine Kenntnisse vor einem verlegenden Mißbrauche seiner Talente gesichert“.

— In Nottingham (dessen Vertreter, Hr. Walter, vom Unterhause für nicht gültig erwählt erklärt wurde und der auch wegen der bei seiner Wahl stattgefundenen Bestechungen während der Dauer des jetzigen Parlaments dort nicht wieder als Bewerber auftreten darf) findet jetzt ein lebhafter Wahlkampf zwischen einem Sohne des Hrn. Walter und einem Vertreter der radicalen, ja chartistischen Grundsätze, Hrn. Gisborne, statt. Bei der mündlichen Abstimmung erhielt Hr. Gisborne eine große Mehrheit, was jedoch keinen Schluß auf die schrift-

liche
werbe
auf, v
empfe
toryist
ton, v
187,0
Wal
"D
Dr. V
als
mollte
ren se
seitig
Angal
so bet
Spur
wisse
Zweck
siegte
1709
Parla
mit 1
Stimm
—
die Fr
mes is
lischen
den.
lonien
die in
stehen
Zänker
* F
Erschei
Anschü
der Ki
Grund
zu sich
die Ar
timisten
des alt
Aber a
die edl
ben. P
des M
ist engl
die am
bringen
und die
dürfen.
Monop
Staats
nur für
chinesisch
ostindisch
gezwung
dann m
gen. I
oft es
chinesisch
gewiß
Opiumh
zu dem
dieselbe
auf siche
endlich
insbeson
ser Bezi
diese Fo
das ein
antwort
bringen
liche Dr
wird mi
Diejenig
Nacht
Bestes n

liche Abstimmung zuläßt, die wie gewöhnlich der unterliegende Bewerber Hr. Walter verlangte. D' Connor trat ebenfalls als Bewerber auf, um unter diesem Vorwande das Volk anreden und Hr. Gisborne empfehlen zu können. Dabei erzählte er, wie Hr. Walter's Times toryistisch geworden sei. „Alexander Baring, der jetzige Lord Ashburton, und Lord Bhamcliffe waren die Käufer, sagte er; der Preis war 187,000 Pf. St. Nach Abschluß des Vertrags sprachen sie zu Hr. Walter: „Nun werden wir aber einen neuen Redacteur brauchen.“ „O nein, war Hr. Walter's Antwort, ich will mit Barnes sprechen.“ Hr. Walter ging dann zu Barnes und sagte: „Morgen müssen wir als Toryblatt erscheinen. Die neuen Eigentümer, fügte er hinzu, wollten einen neuen Redacteur haben.“ „Was müssen das für Narren sein, antwortete ihm Barnes, daß sie glauben, ich könne bloß einseitig schreiben!“ etc. Obwol D' Connor sich für die Wahrheit seiner Angaben verbürgte und die ganze Sache genau zu kennen versicherte, so behauptete doch Hr. Walter sogleich auf seine Ehre, daß nicht eine Spur von Wahrheit darin sei, ja, daß er sogar glaube, D' Connor wisse dies. Dieser antwortete nicht, trat aber nach Erreichung seines Zwecks von der Bewerbung zurück. Bei der schriftlichen Abstimmung siegte Hr. Gisborne mit 1822 Stimmen über Hr. Walter, der nur 1709 Stimmen erhielt. — Bei der Wahl für die ebenfalls erledigte Parlamentsvertretung in Athlone siegte ein liberaler Bewerber, Collett, mit 114 Stimmen gegen den Torybewerber Beresford, der nur 108 Stimmen erhielt.

— Die englische Opposition sucht die Besignahme D' t a h e i t i s durch die Franzosen gegen das englische Ministerium auszudeuten. Die Times ist darüber sehr entrüstet und versichert nochmals, daß die englischen Interessen bei dieser Angelegenheit vollkommen gewahrt würden. „Aber, ruft das Blatt aus, der Himmel weiß, wir haben Colonien genug an allen Enden der Welt, und es würde einer Nation, die in jedem Meer, auf jedem Continent eine Provinz hat, übel anstehen, mit Frankreich wegen eines Küchengärtchens in der Südsee Zankereien anzufangen.“

* London, 6. April. Lord Ashley ist eine der wohlthuedsten Erscheinungen im Parlament. Er ist ein Hochtory in Bezug auf seine Ansichten über Kirche und Staat; aber wenn er die Aufrechthaltung der Kirche und der Aristokratie Englands will, so sind wenigstens diese Grundinstitutionen für ihn nur das Mittel, um Recht und Volkswohl zu sichern, und nicht, um sie zur Ausbeute für die Geistlichkeit und die Aristokraten zu benutzen. Er ist, wie eine kleine Schar der Legitimisten in Frankreich, der Vertreter der schönen und edlen Elemente des alten Regime, und predigt, wie Jene in Frankreich, in der Wüste. Aber auch die Stimme in der Wüste verhallte nicht im Winde, und die edlen Bestrebungen Lord Ashley's werden gewiß ihre Folgen haben. Lord Ashley trug vorgestern im Unterhause auf die Unterdrückung des Monopols des Opiumhandels an. Die Rede ist sehr lang, sie ist englisch, d. h. sie enthält eine unzählbare Menge von Thatsachen, die am Ende nicht fehlen können, den gewünschten Eindruck hervorbringen. Doch darf ich voraussagen, daß der Nachtheil des Opiums und die Schändlichkeit dieses Handels fast keines Beweises mehr bedürfen. Dieser Handel ist in China verboten und ist in Indien ein Monopol der ostindischen Compagnie, also gleichsam eine Art englischer Staatsangelegenheit. Die Compagnie pflanzt und zieht Opium fast nur für China, und somit ist das Monopol unmittelbar gegen die chinesischen Institutionen gerichtet. Durch das Verbot in China ist die ostindische Compagnie, direct oder indirect, darauf kommt wenig an, gezwungen, ihre Waare in China einzuschmuggeln, und dies geschieht dann mit Gewalt, wo die Gewalt nöthig ist, um zum Ziele zu gelangen. Die Opiumfahrer sind stark bemant und gut bewaffnet, und so oft es Noth thut, brauchen sie ihre Kanonen und Gewehre gegen die chinesischen Zollwächter und Hafengebörden. Lord Ashley hat daher gewiß Recht, wenn er sagt: „Ich sehe wenig Unterschied zwischen dem Opiumhandel und der Seeräuberei.“ Diese Quasiseeräuberei führte zu dem Kriege mit China, und Lord Ashley fürchtet, daß, so lange dieselbe fortbesteht, die Verhältnisse zwischen China und England nie auf sichern Fuß kommen. Die Schändlichkeit des Handels verhindert endlich die Chinesen, die Wohlthaten der englischen Civilisation und insbesondere das Christenthum anzuerkennen. Lord Ashley bringt in dieser Beziehung die schlagendsten Beweise bei. Alle Missionare sind über diese Folgen einverstanden. Hr. Medhurst schreibt: „Das erste Wort, das ein Eingeborener, wird er aufgefordert, an Christum zu glauben, antwortet, ist: „Weswegen bringen die Christen uns das Opium, und bringen es in directem Widerspruch mit unserm Gesehen? Diese schändliche Drogue hat meinen Sohn vergiftet, meinen Bruder verarmt, und wird mich mit Weib und Kind an den Bettelstab bringen. Sicher, Diejenigen, die einen so nachtheiligen Gegenstand einführen, und mir Nachtheil bringen, um Vortheil daraus zu ziehen, können nicht mein Bestes wollen, oder im Besiz einer Religion sein, die besser ist als die

meinige. Gehet erst und überzeugt eure eignen Landsleute, daß sie diesen unheilvollen Handel aufgeben, und dann will ich eure Lehren über Christenthum hören.“ Menschlichkeitsgefühl, Politik und Christenthum bekämpfen also diesen Handel, dieses Monopol, und somit trug Lord Ashley auf dessen Aufhebung an. Er schloß seine Rede und sagte: „Ich bekenne, ich spreche mit tiefer Ueberzeugung, Wenige aber werden mir beistimmen. Aber ich sage — es ist in meinem Herzen, und es muß heraus — wenn dies die Bahn unserer zukünftigen Politik ist: wenn wir fortfahren, auf diese Weise unsere Waffen und unsere Künste, unser Wissen und unsere Ueberlegenheit über die Welt zu üben; wenn all Das nur zum Nachtheil und nicht zum Nutzen der Menschheit ausschlägt, so würde ich beizeitem vorziehen, daß wir wieder in die Verhältnisse der Jugend herabsänken und wieder auf den Standpunkt einer Macht dritten Ranges zurückträten. Gegenwärtig ist uns eine große und ruhmvolle Gelegenheit geboten, auf der Höhe unserer Siege gerecht und großmüthig zu sein, und mit solchem Geist und solchen Ansichten würde ich glauben, daß wir berufen sein würden, eine gefeierte, nützliche und ruhmvolle Laufbahn zu vollenden, indem wir alle unsere Energie, alle unsere Macht, Alles, was wir haben, und Alles, was wir je haben werden, dem großen Ziele der menschlichen Existenz zu richten. Ruhm Gott in der Höhe, und Friede und Wohlwollen den Menschen auf Erden!“

Gegen diese siegreichen Argumente und diese edle Auffassung zogen die Gegner, unter Sir R. Peel's Anleitung, mit den spitzesten und glattesten Waffen der Sophistik zu Felde. Derselbe Hr. Dugg, der in der Wahldiscussion über Nottingham's Bestechungen so kräftig für die Würde des Hauses aufgetreten war, focht jetzt eben so fertig und gewandt für den Opiumhandel, und so fürchte ich fast, ihm Unrecht gethan zu haben, wenn ich früher seine strenge parteilose Gerechtigkeit lobte; denn Hr. Walter, das ausgeschlossene Mitglied für Nottingham, ist zwar ein Tory, aber einer von der kleinen Schar Lord Ashley's. Doch wozu mit den Soldaten uns lange aufhalten, wenn der Feldherr selbst hervortritt, seine Fahne zu vertheidigen?

Sir R. Peel beginnt damit, daß er sagt: „Hier ist eine Materie von der größten Wichtigkeit, die — eine Revenue bis zu 1,200,000 Pf. St. jährlich berührt, und das zu einer Zeit, wo die einzige Art, durch welche Sie die Revenue heben können, darin besteht, daß Sie die Bebauung des Bodens aufheben müssen, einen Theil ihrer Einkünfte aufzugeben.“ Bravo, das heiße ich den Nagel auf den Kopf treffen. Damit sollte sich Sir R. Peel begnügen, denn das wirkt entweder oder wirkt nicht, und in beiden Fällen sind weitere Argumente gegen Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Christenthum überflüssig. Sir R. Peel aber fährt fort und sagt: „Der edle Lord behauptet, daß hier eine Gelegenheit für unsern chinesischen Commissar und Unterhändler sei, gewisse gute Effecte hervorzurufen. Sollte mein ehrenwerther Freund nicht fragen, ob solche Negotiationen nun anhängig wären oder nicht?“ Er hütet sich aber wohl, die Frage, die sein Freund hätte stellen sollen, klar zu beantworten. Er fährt dann fort und zeigt, daß, wenn auch in Indien das Monopol aufgehoben, die Agricultur verboten sei, dann China von der Türkei und Manila aus versehen werden könne. Hierauf kommt er auf die Instructionen Sir H. Pottinger's zurück, daß die vorige Regierung demselben aufgegeben, über den Opiumhandel mit der chinesischen Regierung zu einem freundlichen Einverständnis zu gelangen, und daß die jetzige Regierung diese Instructionen erneuert habe. Er liest eine Depesche Lord Aberdeen's vom 29. Dec. 1842 vor, in welcher dieser den englischen Unterhändler beauftragt, daß, welches auch der Ausgang der Verhandlungen zur Legalisation des Opiumhandels in China sein möge, die „Diener Ihr. Maj. in China sich fern von aller Verbindung mit diesem nicht beliebt machenden Handel (so discreditable a traffic) halten sollten. Der britische Kaufmann, der ein Schmuggler sein mag, soll keinen Schutz und keine Pülse in seinem ungesetzlichen Handel erhalten, und er muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß er die Folgen seines eignen Benehmens zu tragen hat.“ Dann setzt Lord Aberdeen hinzu, daß, sobald Hongkong abgetreten sei, es nicht mehr zum Ausgangspunkte des Schmuggelhandels dienen dürfe. Wahrlich, das ist eine sehr verständige, sehr gerechte Sprache — in China; aber wie sich diese Sprache in China damit verträgt, daß die Compagnie in Indien unter dem Schutz Englands, fast als ein Theil der englischen Regierung des Landes, das Opium als Monopol pflanzt, und zwar pflanzt und verarbeitet, einzig und allein um es in China zu verkaufen, ist schwer zu erklären. Ein schlechtes Gedächtniß ist eins der ersten Erfordernisse für einen guten Staatskünstler à la mode du 19me siècle.

Sir R. Peel zeigte in derselben Verhandlung noch ein paar Mal, daß er in dieser Beziehung der Meinung Lord Aberdeen's ist. Er fährt fort und fragt sich, ob es politisch und gerecht für das Haus der Gemeinen sei, die Opiumcultivirung in Indien zu verbieten? Und hier antwortet er wunderbar praktisch: „Weil die Chinesen nicht ihre eignen Appetite und Leidenschaften meistern und nicht selbst den Nachtheilen derselben vorbeugen können, sollen wir deswegen versuchen, die Con-

trole zu übernehmen, für die ihr eigener Verstand ihnen keine Sicherheit geben kann, und so die Cultur des Opiums im Allgemeinen verbieten?" Bravo! Bravo! Dann geht Sir R. Peel über und sagt: "Es ist die Frage, ob es nicht besser für das Haus sein würde, den Handel zu reguliren, statt eine Maßregel zur Unterdrückung der Opiumcultur anzunehmen. Ich will aber das Haus fragen, ob es vorbereitet ist, diese Nacht die große Frage zu entscheiden, ob Freihandel oder das Verbot der Cultur in Bezug auf diesen Artikel statthaben soll. Ich beschwöre das Haus, mit großer Vorsicht in dieser Maßregel vorzuschreiten." Hiernach versuchte er zu zeigen, daß das Monopol des Opiumhandels dem Freihandel vorzuziehen sei. Dann bekämpfte er die Ansicht, daß man den Opiumhandel in China zerstören müßte, um dem Baumwollenhandel Englands dort bessern Absatz zu verschaffen. Bei der Gelegenheit entschlüpfte dem ersten Minister Englands das Geständniß: "Was war unsere Politik in Indien? Indien hatte eine blühende Baumwollenmanufactur, die unser Land zerstört hat. Indien ist in einer andern Lage als die, in der ihr es findet. Ihr habt seine Manufacturen zerstört, aber ihr ließt seine Agricultur unangegriffen. Deswegen würde es Unrecht sein, auch diese anzugreifen, um euren Manufacturen in China Absatz zu verschaffen." Das ließe sich schon hören, und ist ein Beweis, wie Sir R. Peel bei allen Glaubensbekenntnissen, allen Staatsansichten der Welt leicht, wo man ihm grade gelegen kommt und ihm etwas ablassen will. Er ist noch einmal ganz außerordentlich menschenfreundlich in seiner Rede, zuvor aber ruft er noch aus: "Bringt uns der Taback nicht eine große Revenue, und ist der nicht auch ein Stimulans? Ziehen wir nicht Revenuen von Gin, Brantwein, Wein u., Artikel, die sehr oft in großem Uebermaße gebraucht werden und sehr viele nachtheilige Folgen haben?" Weswegen sollen die Chinesen ein Vorrecht haben? sie trinken keinen Wein, keinen Spirit, um sich zu vergiften, da ist es nicht mehr wie Recht, daß man ihnen wenigstens das Opium läßt, den armen Weinhassern, sie wären sonst auch gar zu sehr zur Nüchternheit verdammt. Hiernach aber muß wieder die sentimentale Politik herhalten, und so fährt Sir R. Peel fort: "Ihr wünscht euren Manufacturhandel in Indien zu vermehren, ihr wünscht einen Markt für eure Baumwollenzeuge; aber seht auf eure Manufacturen. Verwendet ihr nicht Kinder jungen und zarten Alters zu der Production dieser Artikel? Und jetzt sprecht ihr von den Nachtheilen, die der Opiumhandel für die Moral und die Gesundheit Derer, die ihn bereiten, hat?" Das ist gegen Lord Ashley gerichtet, der die Fabrikanten gegen den Mißbrauch der Manufacturisten in Schutz nimmt; das würde sich ganz gut ausnehmen im Mund eines Menschenfreundes, der sowohl den Opiumhandel als die Vertreibung der Kinder in den Fabriken bekämpfte; aber in Sir R. Peel's Munde heißt das: "Hütet euch, die Chinesen vor dem Opium zu retten, denn das würde den Mißbrauch der Kinder in den Fabriken vermehren", und in diesem Sinn ist das Argument wirklich das wunderbarste, das man sich denken kann.

Zuletzt kommt dann Sir R. Peel wieder auf den Anfang zurück: "Sie können die Revenuen Indiens nicht um 1 Mill. Pf. St. vermehren, ohne die directe Laxe, die materiell die Arbeiterklasse afficiren würde, zu vermehren. Das würde für dieselbe eine große Ungerechtigkeit sein. Die Lasten, die das Volk in Indien drücken, sind schon hoch genug und dürfen nicht vermehrt werden." Das hätte das einzige Argument sein sollen, und selbst ohne die populaire Färbung würde es seine Wirkung gethan haben. Der Antrag Lord Ashley's wurde von diesem selbst zurückgenommen, da er sicher kaum auf eine Durchführung berechnet war und nur die Absicht hatte, die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Das wird er denn auch schon erreichen und insofern seine guten Folgen haben.

Diese ganze Frage hat viel mit der Sklavenfrage gemein. Nicht nur lassen sich die Argumente Sir R. Peel's für den Opiumhandel auch für den Sklavenhandel mit derselben siegreichen Sophistik anführen, sondern auch die ganze Agitation der Frage gleicht der der frühern Anti-Sklavenagitation. Die wirklich christlich und human gesinnten Engländer bekämpfen den Opiumhandel um ihrer Grundsätze willen ohne Rücksicht. Lord Ashley theilt diese edle Art und wird ihr Leiter im Unterhause. Die Politiker des Unterhauses aber lachen über die Sentimentalität des gesündern Theils der englischen Nation und sagen: 1,200,000 Pf. St. jährlich! Die Deffentlichkeit aber zernichtet diese Persidie, und die Presse mag wollen oder nicht, sie muß für Recht und Wahrheit in die Schranken treten. Das vermehrt dann die Zahl der Freunde der Letztern, und sind diese endlich stark genug, die hohen Herren der Regierung fürchten zu machen, daß die Opposition gegen Recht und Wahrheit nachgerade Gefahr bringen könnte, dann schlägt das Blatt auf einmal um und Recht und Wahrheit werden zur Fahne der Politiker, die dann aber leider wieder unter dieser Fahne für nichts als für ihre Politik fechten. Als der Sklavenhandel abgeschafft werden mußte, weil die edlern Elemente englischen Volkslebens es gebieterisch verlangten, suchten die Politiker Englands nun aus der Befreiung der Sklaven grade so viel Nutzen zu

ziehen, als sie früher aus der Sklaverei selbst zogen. Wenn die Anti-Opiumagitation die öffentliche Meinung durchdrungen hat, werden die Peels, die Palmerstons schon ein Mittel finden, ihre Menschlichkeit, die dann Parade machen wird, unter der Hand theuer genug zu versilbern.

Frankreich.

Paris, 8. April.

Die Pairskammer hat gestern den Gesetzentwurf über die Organisation des Staatsraths mit 101 gegen 14 Stimmen angenommen, nachdem sie vorher noch im Widerspruche mit der Regierung eine Bestimmung verworfen hatte, wonach jeder „Auditeur“ nach sechsjähriger Dienstleistung von selbst diese Stellung verliere. Die Regierung wünschte sich durch diese Anordnung auf eine schickliche Weise von den vielen unbrauchbaren jungen Leuten zu befreien, denen sie im Interesse ihres Einflusses eine solche Stelle mit angesehenem Titel und ohne lästige Berufspflichten, zur Befriedigung der Eitelkeit und um ihnen einen Rang in der Gesellschaft zu verschaffen, zu verleihen pflegt, zugleich aber auch deren Stellen zu einer ähnlichen Benützung von neuem frei zu bekommen. Die Kammer wollte indes dazu nicht die Hand bieten und nahm wenigstens die „Auditeurs“ erster Klasse von dieser Bestimmung aus, die sie nur für die übrigen bestehen ließ.

— Der Generalleutnant Baudrand, Pair von Frankreich, ist zum Gouverneur des Thronerben Grafen von Paris ernannt worden.

— Die Angabe, daß das gelbe Fieber auf Guadeloupe ausgebrochen und Admiral de Roges die Insel verlassen, wird für unbegründet erklärt.

† Paris, 8. April. Der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf über Verleihung des Baues der Eisenbahn nach Lille und Calais an eine Actiengesellschaft, an deren Spitze das Haus Rothschild steht, stößt im Publicum auf lebhaften, ja auf heftigen Widerspruch. Kraft jenes Regierungsantrags soll der Staat beinahe zwei Drittheile der Kosten der ganzen Unternehmung tragen, den Actionairen aber, gegen Aufbringung des übrigen Drittheils, der ausschließliche Genuß der Eisenbahn auf 40 Jahre überlassen werden. Nach Ablauf dieser Frist ist dem Staate der Rückkauf der Eisenbahn mittels Zahlung des von der Gesellschaft bestrittenen Antheils an den Baukosten vorbehalten. Die unermesslichen Vortheile, welche ein solcher Contract der begünstigten Compagnie verspricht, sind handgreiflich. Wenn die Actionaire für den Einschuf von 60 Mill. die Nutzung einer Eisenbahn erhalten, welche wenigstens 160 Mill. kosten wird, so steht nach allen bisher beobachteten Beispielen zu schließen, daß ihr Capital allermindestens dreifach verzinst werden wird. Aber man braucht sich gar nicht an solche Folgerungen zu halten. Die von dem Ingenieur der Gesellschaft selbst angestellten sorgfältigen Untersuchungen stellen fest, daß die Eisenbahn nach Lille und Calais, auch wenn sie nur derselben Frequenz genießt, welche die bisherigen Straßen nach diesen beiden Städten haben, eine Einnahme von 21 Mill. geben wird, von denen die Hälfte als reiner Gewinn zu betrachten ist. Demnach würde die Actiengesellschaft jährlich eine dem sechsten Theil ihres Capitals gleichkommende Dividende unter sich zu theilen haben. Wie nun aber gar, wenn sich die Zahl der gegenwärtigen Reisenden und die Masse der bisher versendeten Güter verdoppelt oder verdreifacht? Eine solche Annahme hat durchaus nichts Uebertriebenes, ja bleibt hinter der Wahrscheinlichkeit zurück. Unter solchen Umständen kann sich die öffentliche Meinung unmöglich mit dem Regierungsantrage befreunden. Sie ist vielmehr sehr geneigt, in demselben den Versuch einer ungeheuern Uebervorteilung des Staats zum Besten einiger privilegirten Geldmänner zu sehen. Wenn die Kammer auch diese letztere Ansicht nicht theilt, so dürfte sie doch kaum geneigt sein, auf den Vorschlag der Regierung einzugehen. Lassen sich von den französischen Capitalisten keine bessern Bedingungen erlangen, so würde der Staat vermuthlich am weisesten handeln, wenn er den ganzen Bau und Betrieb der Eisenbahn auf eigne Rechnung übernehme.

Belgien.

Der wegen seiner Mitwirkung bei der Verschwörung des Generals Grafen Vandermeeren zur Verbannung begnadigte Verpraet ist, durch Armuth gezwungen, nach Brüssel zurückgekehrt. Er wurde verhaftet, um nach England gebracht zu werden, man glaubt jedoch, daß die Regierung ihn der Noth entheben werde, welche ihm diesmal als Veranlassung und Entschuldigung diene.

Niederlande.

Die Oppositionsjournalistik erweist sich in Holland als das kürzeste und sicherste Mittel, „seinen Weg zu machen“. Bekanntlich gehörte der Arnhem'sche Courant lange Zeit zu den rückfischloseten und derbsten Bekämpfern jeder Regierungsmaßregel. Da trat

plöglie
derselb
die M
undeu
chen d
keit be
und g
hem'sc
vollk
ein D
dacteu
anstell

meldet
bereite
mal se
sen ein
der S
katholi
men L
trugen
fen.
ler Jo
sollen,
den fr
Hurter
die H
(Scha

* I
gref
stört h
ist wie
diese a
wir w
rottgef
Der I
beabsic
des Co
sition
nen W
eine be
und da
herord
dung se
Plan d
auf Ge
nen W
seidener
Gesetz
auseina
gierung
Congre
Zölle se
des We
soll, w
werden
träge n
eiren n
mit Ve
Auction
Preis,
ganzen
denken;
sich auf
nur, un
stellung
und dem
Gräbe i
Staaten
fallen v
hier und
St
rifaner,

plötzlich der Redacteur dieses Blattes zurück, und es hieß allgemein, derselbe habe eine auswärtige Anstellung erhalten. Allerdings stellten die Regierungsblätter dies mit Unwillen in Abrede und ließen nicht undeutlich merken, daß sie eine solche Maßregel nicht bloß als ein Zeichen der Schwäche, sondern selbst als einen Beweis von Undankbarkeit betrachten würden, welcher der Regierung mehr Freunde entziehen und gefährlichere Gegner erwecken dürfte, als der Redacteur des Arnheim'schen Courant es je gewesen. Dennoch bestätigt sich jetzt die Sache vollkommen. Am 27. März d. J. veröffentlichte der Staatscourant ein Decret, welches Hrn. Koenig van Limburg, so hieß der liberale Redacteur, zum Legationsrath ernannt und bei der Gesandtschaft in Wien anstellt. Dieses Decret ist aber datirt vom 10. Dec. 1841.

Schweiz.

Von verschiedenen Seiten her wurde uns aus der Schweiz gemeldet, daß sich abermals ein Sturm gegen den Ex-Antistes Hurter bereite, abermals schlimme Dinge von ihm verkündet würden. Diesmal sollte er gar die Jesuiten haben in den guten Canton Schaffhausen einschwärzen wollen, und man sprach schon von strengster Untersuchung der Sache, Flucht und dergleichen. Da wir niemals an seinen Kryptokatholicismus geglaubt haben, vielmehr in den frühern Fällen die schlimmen Mittel, die seine Gegner gegen ihn angewendet, deutlich vorlagen, so trugen wir Bedenken, diesen Nachrichten Werth und Glauben beizumessen. Jetzt löst sich das Ganze in eine Mystification auf, die der Basler Zeitung durch Briefe mit falscher Unterschrift gespielt worden. Sie sollen, unter dem Scheine der Anklage gegen Hurter, viele, dem Fremden freilich unverständliche Beziehungen und witzige Ausfälle gegen Hurter's Gegner in Schaffhausen enthalten. Viel Interessantes über die Hurter'sche Sache bringen die „Erinnerungen an J. C. Maurer“ (Schaffhausen 1843).

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

* **Newyork**, 16. März. Von dem am 4. März beendigten Congresse läßt sich beinahe weiter nichts sagen, als daß er wieder zerstört hat, was vorher gut gemacht worden war: das Bankrotgesetz ist wieder aufgehoben; hatte es auch manche Mängel, so hätte man diese abändern sollen, aber nicht das ganze Gesetz aufheben; so sind wir wieder auf dem alten Stande, daß jeder Staat sein eignes Bankrotgesetz macht und der Gläubiger ganz vom Schuldner abhängt. Der Tarif ist nicht verändert worden, selbst der von der Regierung beabsichtigte Vorschlag ist unterblieben, da diese aus allen Handlungen des Congresses deutlich erkannte, daß die Majorität bloß der Opposition wegen sich demselben widersetzen würde; die bereits stattgefundenen Wahlen des neuen Congresses ergeben jedoch, daß der nächste eine bedeutende Majorität zu Gunsten ermäßigter Zölle haben wird; und da nach aller Wahrscheinlichkeit diesen Sommer noch ein außerordentlicher Congress stattfinden wird, so sollten bis zur Entscheidung so wenig als möglich Sendungen hierher gemacht werden. Der Plan der Staatsregierung ist: einen dem preussischen ähnlichen Zoll, auf Gewicht berechnet, einzuführen (nur nach Klassen); bei baumwollenen Waaren nach den Nummern der dazu verwendeten Garne und bei seidenen Stoffen nach Verhältniß des Preises zu dem Gewichte; der Gesetzesentwurf liegt bereit und würde, wie erwähnt, schon dem eben auseinandergewandenen Congresse vorgelegt worden sein, hätte die Regierung die geringste Aussicht gehabt, ihn durchzusetzen; der nächste Congress soll aber zu vier Fünfteln seiner Mitglieder für ermäßigte Zölle sein, und der Anschlag ist so gemacht, daß der Zoll 20 Proc. des Werths nicht überschreiten, im Durchschnitte nur 15 Proc. betragen soll, was ungefähr der Zoll auf Merinos, Spitzen und Strümpfe werden wird. Aus dieser Ursache dürften auch fürs erste wenige Aufträge nach Sachsen kommen, denn ein Jeder sucht sein Lager erst zu reduciren, was, da die Vorräthe noch so stark sind, nur sehr langsam und mit Verlust geht; Seidenwaaren sind mit 30—50 Proc. Verlust auf Auction verkauft; eine Partie sächsischer Strümpfe erhielt grade den Preis, den sie jetzt in Sachsen kosten, der Einsender verlor also den ganzen Zoll und die Spesen. An Besserung ist in diesem Jahre nicht zu denken; erst muß Vertrauen wiederhergestellt sein, die Lager müssen sich auf den wirklichen Bedarf reducirt haben; Bestellungen können nur, um Assortimente zu ergänzen, gegeben werden. — Auf die Vorstellung des nordamerikanischen Gesandten in Berlin, Hrn. Wheaton, und den Bericht des in Kassel residirenden amerikanischen Consuls Gräbe ist der Vereinsthaler jetzt bei den Zollbehörden der Vereinigten Staaten zu dem gesetzlichen Werthe von 68 1/2 Cents bestimmt, dadurch fallen von jetzt an die Currency-Certificate weg, welche für die Bezahler hier und die Consignanten dort eine lästige Sache waren.

Statt des für Elberfeld bestimmten Consuls Albers ist ein Amerikaner, Hr. C. W. Pell, vom Präsidenten ernannt und auch bereits

vom Senate bestätigt; der zum Consul für Württemberg ernannte Hr. Kiderlen ist dagegen vom Senate verworfen worden.

Geld ist im Ueberflusse vorhanden, die Banken finden aus Mangel an Vertrauen keine Verwendung dafür, die Course auf Europa halten sich so niedrig, daß baares Geld mit Vortheil von daher eingeführt wird. Die Baumwollenärnte ist sehr ergiebig; bereits sind 1,700,000 Ballen in die Seehäfen abgeliefert, der Preis ist jedoch so niedrig, daß der Pflanzler kaum seine baaren Auslagen, aber keine Zinsen für sein Land und Inventar gewinnt, wodurch natürlich der Absatz leidet, denn auf Borg kann er nichts bekommen; ebenso geht es den Getreidebauern, ein jeder muß sich behelfen wie es geht und kann nichts Neues kaufen. Daraus läßt sich auch erklären, daß der Absatz von europäischen Manufacturwaaren noch immer stockt und die Vereinigten Staaten sich trotz ihrer gesegneten Aernnten nicht erholen können. Europa wird für die gehaltenen Verluste an schlechten Schulden durch die beispiellos niedrigen Baumwollenpreise einigermaßen entschädigt, vorausgesetzt, es werden fürs erste keine neuen Unternehmungen hierher gemacht.

Uruguay.

** **London**, 3. April. Die letzten Berichte aus Montevideo über den Zustand der dortigen Angelegenheiten gehen bis zum 10. und 18. Jan. In Betracht der Lage des Landes und der schlechten Gesundheit des Generalministers Vidal beschloß die Regierung, die unlängst in Einer Person vereinigten Verwaltungszweige wieder zu trennen und in denselben Zustand zu versetzen, in welchem sie vor dem 14. Mai 1842 sich befanden. Diesem Beschlusse gemäß wurde D. J. A. Vidal mit den Ministerien der innern und äußern Angelegenheiten beauftragt; Munoz erhielt die Verwaltung der Finanzen und der General Aguiar wurde zum Kriegsminister ernannt. Zugleich wurde die Regierung von den Kammern ermächtigt, 1) 500,000 Piafter auf jede mögliche Weise anzuschaffen, nur dürfe es nicht durch Ausgabe von Papiergeld geschehen; 2) über die Municipaleinkünfte und das Einkommen frommer Stiftungen u. zu verfügen, und 3) auf drei Monate lang einen höhern Ausgangszoll von 1 Real auf alle ausgeführten Häute und 8 Proc. auf die übrigen Waaren zu erheben. Am 11. Jan. war es in Montevideo bekannt, daß Oribe mit seinen Truppen am Duogway festen Fuß gefaßt hatte; während Rivera am Zi sein Heer zu verstärken bemüht war. Einige Unruhen waren in Cerro Largo und Tacuarembó ausgebrochen. In S. Gregorio ließ Rosas 22 Offiziere ans Land setzen, welche mit Proclamationen versehen waren; allein der Befehlshaber von S. José fiel über sie her, nahm drei davon gefangen und fünf blieben auf dem Plage, während der Ueberrest in aller Eile sich wieder einschiffte. Admiral Brown lag mit vier Fahrzeugen seit dem 4. Jan. in der Nähe der Stadt; von Seiten der englischen und französischen Kriegsschiffe wurde ihm aber jeder Angriff auf dieselbe untersagt. General Paz leitet die Vertheidigung von Montevideo und betreibt mit Eifer die Errichtung von Verschanzungen. Dreißig Feldstücke, aus 9-, 12-, 18- und 24-Pfündern bestehend, waren bereits aufgestellt, und die unter seinen Befehlen stehenden regelmäßigen Truppen beliefen sich auf 2500 M. Man schätzt die Zahl der Flüchtlinge, welche sich vor den verheerenden feindlichen Haufen gerettet haben, auf 15—20,000 Personen. Die Nachrichten vom 18. Jan. sind sehr unbestimmt. Streifparteien des Generals Oribe sollen bis nach Santa Luzia gekommen sein, und Paz war emsig beschäftigt, seinen Gegner zu empfangen. Admiral Brown hatte sich entfernt; in welcher Richtung, war nicht bekannt. So viel man übrigens aus den Berichten entnehmen kann, war Montevideo entschlossen, sich hartnäckig zu vertheidigen, und wenn Rivera und Paz ihre Operationen zweckmäßig leiten, so ist die Sache noch nicht verloren. Das englische Packetschiff war am 18. Jan. noch nicht von Buenos Ayres angekommen; man wußte daher nichts Gewisses über die diplomatischen Verhältnisse der dortigen Regierung mit den Gesandten von England und Frankreich.

Handel und Industrie.

Staatspapiere. Brüssel, 8. April. Belg. 3pc. 75; Wact — Wien, 9. April. Wact. 1632; 500 Fl. E. —; 250 Fl. E. 113 1/2.

Actien. Wien, 9. April. Nordb. 93 3/4; Raab. 94 1/2; Mail. 93 3/4.

Verantwortliche Redaction: Professor F. Bülow.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

(Inserate nehmen an: in Leipzig die Expedition; in Berlin die Gropius'sche Buch- u. Kunsthandlung; in Breslau die F. G. C. Teufel'sche Buchhandlung; in Dresden G. Piegisch u. C.; in Frankfurt a. M. B. Kähler; in Hamburg J. A. Meißner's Verlagsbuchhandlung; in Magdeburg W. Heinrichshofen; in Paris Brockhaus u. Venarius; in Schaffhausen die Brodtmann'sche Buchhandlung.)

Bekanntmachung.

Zufolge einer amtlichen Mittheilung der Postbehörde in Nürnberg vom 7. d. ist das **Nürnberger Brieffelleisen** mit der Correspondenz nach und über **Augsburg** in der Nacht vom 27. auf den 28. vorigen Monats zwischen Eichstätt und Augsburg, allen Anzeichen nach auf gewaltsame Weise, abhanden gekommen und bis zu gedachtem Tage nicht wieder erlangt worden.

Da in diesem Felleisen sich auch diejenige Correspondenz aus Sachsen nach und über Augsburg befunden hat, welche mit den am 25. v. Mts. von Dresden und von Leipzig nach Nürnberg abgegangenen Posten befördert worden ist: so wird die gedachte Postberaubung hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Leipzig, am 10. April 1843.

Königliche Ober-Post-Direction.
von **Hüttner**.

[234]

Durch alle Buchhandlungen und Postämter ist zu beziehen:

[246]

Das Pfennig-Magazin für Belehrung und Unterhaltung.

1843. März. Nr. 9—12.

Neue Folge. Erster Jahrgang.

Inhalt: Der Barbier von Sevilla. — Was hängen soll, ertrinkt nicht. — Die Hühnerer. — Dschellalabad in Afghanistan. — Paletots. — Die Tabakus der russischen Steppen. — Das Tagewerk. — Alfons Albuquerque. — Seltene Entschlossenheit eines Knaben. — Wasserstände der Elbe. — Die Insel Elba. — Der Schmuggelhandel in Spanien. — Die Insel Java. — Peter der Große und König August der Starke. — Mäßigkeit. — Kobell's galvanographische Methode. — Erste Ausführung einer Mozart'schen Musik in Italien. — Chronik der Eisenbahnen im Jahre 1842. — Gutes Beispiel. — Mittel gegen das Nasenbluten. — Karl August Böttiger. — Kampf eines Bullenbeißers mit einem Bär und einem Affen. — Schwimmende Steine. — Napoleon's Wohnung in Porto Ferrajo auf der Insel Elba. — Beethoven's Testament. — Gasthof in Newyork. — **Miscellen.**
Die mit * bezeichneten Aufsätze enthalten eine oder mehrere Abbildungen.

Preis des Jahrgangs von 52 Nummern 2 Thlr. **Ankündigungen** werden mit 5 Ngr. für den Raum einer gespaltenen Zeile berechnet, **besondere Anzeigen** zc. gegen Vergütung von 1/2 Thlr. für das Tausend beigelegt.

Der Preis der ersten fünf Jahrgänge des Pfennig-Magazins, Nr. 1—248 enthaltend, ist von 9 Thlr. 15 Ngr. auf 5 Thlr. ermäßigt. Einzelne kostet jeder dieser Jahrgänge 1 Thlr. 10 Ngr.; die Jahrgänge 1838—42 kosten jeder 2 Thlr.

Ebenfalls im **Preise ermäßigt** sind folgende Schriften mit vielen Abbildungen:

Sonntags-Magazin. Drei Bände. 2 Thlr.

National-Magazin. Ein Band. 20 Ngr.

Pfennig-Magazin für Kinder. Fünf Bände. 2 Thlr. 15 Ngr.

Leipzig, im April 1843.

J. W. Brockhaus.

Lotterie-Anzeige.

Die Ziehung der 5ten und **Hauptklasse** 23ster K. S. Landes-Lotterie beginnt am 1. und endigt am 12. Mai.

Mit **Kaufloosen: Ganze, Halbe, Viertel** und **Wachtel**, zum Planpreis empfiehlt sich unter Versicherung der reellsten Bedienung bestens

J. G. C. Lehmann,

[162-63] Leipzig, Petersstraße Nr. 14/112.

23ste K. S. Landes-Lotterie.

Erster Hauptgewinn:

100,000 Thlr. Pr. Cour. zc.

Zur fünften und letzten Klasse — deren Ziehung am 1. Mai beginnt und mit dem 12. Mai a. c. endigt — empfehle ich mich mit ganzen Loosen à 41 Thlr., halben à 20 1/2 Thlr., Vierteln à 10 1/4 Thlr. und Wachteln à 5 1/8 Thlr. hiermit bestens.

Carl Küster in Leipzig,

Klosterstraße Nr. 14, in den Zwei goldenen Sternen.
[24—33] Erste Etage.



Dampfschiffahrt

zwischen

Magdeburg und Hamburg.

Dienst für den Monat April für Passagiere und Güter:

von Magdeburg:	von Hamburg:
Sonntag Morgens 7 Uhr,	Sonntag,
Dienstag " 10 "	Dienstag,
Mittwoch " 7 "	Donnerstag,
Donnerstag " 10 "	Freitag,
Freitag " 7 "	Sonnabend,

Passage nach Hamburg in 1ster Kajüte 8 Thlr., in 2ter Kajüte 6 Thlr. Preis nach Unterwegstationen im Verhältnis herabgesetzt.

Die Direction.
Holzappel.

Nähere Auskunft und Fahrbillets erteilt in Leipzig **Ferd. Sernau**, Grimmaische Str. Nr. 15.
[245]

Meyer, Cohn & C.

aus **Hamburg, Birmingham** und **Paris**,

befuchen die bevorstehende Jubilate-Messe zum ersten Male mit einem **affortirten Lager englischer, französischer und deutscher Galanterie, Knöpfe und kurzen Waaren en gros.** Ihr Stand ist in der **Grimmaischen Straße Nr. 8.**
[225—27]

Die [180—91]

Maschinen-Wollen-Weberei

zu **Wüste-Giersdorf** bei Tannhausen in Schlesien

bezieht zum ersten Male die bevorstehende Leipziger Messe und empfiehlt ihr Lager in Wollenstoffen, als: **Thibets, Mousseline de laine, Camlots** u. s. w. Ihr Stand ist **Reichsstrasse Nr. 27.**

Vetter & Hezel,

Besitzer der

Blechlackir- und Metallwaarenfabrik

in Ludwigsburg im Königr. Württemberg

befuchen diese Ostermesse das erste Mal mit ihren selbst fabricirten lackirten **Kaffeetrettern, Präsentirtellern, Fruchtkörben** und allen andern in dies Fach einschlagenden lackirten Blechwaaren mit den geschmackvollsten Verzierungen und Malereien. Sie liefern diese Artikel in größerem als dem sonst gewohnten Maß, und neben der feinen Waare auch einige so billige Sorten, wie sonst keine Fabrik in Deutschland. Zu gütigem Besuch laden sie höflich ein.

Das Local ist: **Barthel's Hof** am Markt, 2te Etage, Nr. 8.
[64—65]

Mess-Vermiethung.

In der Reichstraße Nr. 5 dem Salzgaschen gegenüber, ist für diese und die folgenden Messen, in der ersten Etage, ein Zimmer mit Ofen, nebst Benutzung eines großen Vorsaales, zu vermieten. Auskunft darüber wird im Gewölbe rechts erteilt.
[194—96]

Rittergüter.

Güter mit bedeutenden fixen Gefällen, gut unterhaltenen Waldungen, bedeutendem Areal, vorzüglichen baulichen Einrichtungen, reichhaltigen Inventarien und **nicht übersehten Viehbeständen**, im Königreich Sachsen und in den verschiedensten Preussischen Provinzen, zu **nicht überhöhten Preisen**, sind zu verkaufen. **Selbstkäufern** erteilt jede gewünschte, wahrheitsstrenge Auskunft auf unbeschwerter Zuschriften das **Central-Agentur-Comptoir** zu Görlitz.
[220—31]

Gesuch eines Seifensieders.

Man sucht einen Seifensieder, der mit Bereitung von **Palmseife** ganz vertraut und darin so sicher ist, daß er für das vollkommenste Fabrikat stets garantiren kann. Hierzu Geeignete belieben die Angabe ihres Namens, Alters und ihrer Zeugnisse versiegelt unter der Adresse: „**Palmseife** betreffend“, franco an die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung einzusenden.
[202—4]

Stelle-Gesuch.

Ein solides Frauenzimmer wünscht eine Stelle als Hausmeisterin zu erhalten. Näheres in portofreien Briefen bei **G. A. Alexandre** in Strasburg zu erfragen.
[244]

(Mit einer Beilage.)

Meyerstein Aronheim & C. aus Elberfeld

empfehlen zur bevorstehenden Messe ihr Lager von **Rosshaarstoffen**, bestehend aus **Reublesüberzügen, Taschen, Schellenzügen, Mützenstoffen, Cravatten, Einlagen, Crinolines** zu Unterkleidern, **Knöpfen, Tricotines** u. s. w.
Das Lager befindet sich **Brühl Nr. 16/123**, eine Treppe hoch.
[235—43]

Die 2
Deut
betr
Perso
Kunst
das
stüb
red
Hand
lin-
land
gung

* A
rückt tä
nicht fre
desselber
wärtig
kommen
cheln.
gegenwa
man der
len, als
ten und
M
gebrauch
und die
Sprache
Verfassu
hier zu
zen des
Hand, u
nicht zu
zeln
der ange
geordnete
heranger
städte w
Bauern
drigen
So
des Adel
sie vernü
schen Bo
Urprung
zwecken.
schen Ar
es eine e
tismus n
das entse
müßte b
Oppositio
nicht sow
tuge const
nur will
Zeitideen
perhorres
fühle un
Jene will
um aus
vor dem
die Steue
rischen W
kein franz
Selbstbeh
des sich
wo er vor
sich gleich
Der
ist an be
neten, sch
Macht all
so wäre d
ist nicht s
Macht, d
auschlagg
den bei eu
kratischen
ßen lassen
entscheiden

Uebersicht.**Die Stellung der Parteien in Ungarn.**

Deutschland. * Dresden. Verhandlungen über den die Censurbefreiung betreffenden Gesetzentwurf.

Personalmeldungen.

Kunst und Wissenschaft. * Leipzig. Mendelssohn-Bartholdy erhält das Ehrenbürgerrecht der Stadt. * Wien. Aussicht auf einen Lehrstuhl für die Homöopathie. * Rom. Der Bildhauer Steinhäuser. Jahresversammlung der Bühnendichter und Componisten in Paris.

Handel und Industrie. * Dresden. Güterbeförderung von der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn. * Aus Sicilien. Handelstractat mit England in Unterhandlung. Transatlantische Schifffahrt. — Münzausprägung in Sachsen. Berlin. Leipzig.

Die Stellung der Parteien in Ungarn.

* Aus Ungarn, 2. April. Die Eröffnung des Reichstags rückt täglich näher heran; die Parteien sind theils voll Hoffnung, theils nicht frei von Furcht. Viele erwarten goldene Resultate vom Verlaufe desselben; Andere zagen. Versuchen wir es, eine Skizze des gegenwärtig im Lande herrschenden Parteiwesens zu zeichnen, und zwar vollkommen treu nach dem Leben, ohne irgend einer Fraction zu schmeicheln. Es wird sich dem Leser dadurch die Möglichkeit ergeben, die gegenwärtige Lage des Landes und den Grad der Wichtigkeit, welchen man den landtäglichen Debatten beizumessen hat, genauer zu beurtheilen, als dies nach zahllosen, dormalen sich durchkreuzenden Parteischriften und Correspondenzartikeln möglich scheint.

Man hüte sich, das ungarische Verfassungswesen nach anderwärts gebräuchlichen Maßstäben zu behandeln. Es ist durchgängig originell, und die abgenutzten Floskeln der im Westen gangbaren politischen Sprache wollen auf dasselbe in keiner Weise passen. Die ungarische Verfassung ist ganz und gar aristokratisch; die adelige Geburt befähigt hier zu den größten Ehren, Würden und Rechten. Die Inconvenienzen des unbedingten und ungemäßigten Aristokratismus liegen auf der Hand, und es ist unnöthig, dieselben auseinanderzusetzen. Es ist aber nicht zu läugnen, daß die meiste Intelligenz, insofern dieselbe in einzelnen Ständen des Königreichs gemessen wird, sich im Adel und in der angehängten Klasse der adelig Berechtigten kundgibt. Die untergeordneten Klassen sind zu einem politischen Bewußtsein noch nicht herangereift, um sich mit irgend einem Erfolge zu rühren. Die Freistädte wahren auf den Landtagen höchstens ihre localen Rechte; die Bauern sind gar nicht vertreten und nach ihrem gegenwärtig so niedrigen Bildungsgrade in der That nicht vertretungsfähig.

Solchergehalt geht die ungarische Opposition aus den Reihen des Adels selbst hervor, und es fragt sich nun, was will sie, was kann sie vernünftigerweise wollen? Ein plötzliches Zerreißen aller aristokratischen Bande und Verhältnisse? Dadurch würde sie nicht bloß ihren Ursprung verläugnen, sondern überdem etwas geradezu Unsinniges bezwecken. Die feudale Herrlichkeit ist ein Begriff, wovon die ungarischen Aristokraten nicht bloß moralisch, sondern physisch leben. Gäbe es eine exaltirte Partei dieser Gattung und gehörte ein solcher Fanatismus nicht bloß einzelnen zerstreuten Köpfen an, so würde sie auf das entschiedenste von allen übrigen Parteien bekämpft werden und müßte bald ruhmlos vom politischen Schauplatz verschwinden. Die Opposition unterscheidet sich daher von der streng conservativen Partei nicht sowohl im Wesen als vielmehr in der Richtung. Die gegenwärtige constitutionelle Grundlage wird von beiden Theilen anerkannt; nur will jene einen Umbau des Staatsgebäudes nach dem Muster der Zeitideen; diese fühlt sich behaglich in ihrer gegenwärtigen Existenz und verhorrescirt alle tiefer greifenden Aenderungen, welche sie in dem Gefühl und dem Genuße des bisherigen Herrenrechts stören könnten. Jene will z. B. dem Rechte der Steuerfreiheit des Adels entsagen, um aus diesem Opfer den Grundsatz der Gleichheit aller Eingeborenen vor dem Gesetze herzuleiten. Diese will nichts davon wissen, weil sie die Steuerfreiheit als den kostbarsten Stein in der Fassung der ungarischen Adelsprivilegien betrachtet. Dieses Spiel der Parteien ist kein französisches, kein subversives. Es trägt den Typus englischer Selbstbeherrschung an der Stirne. Es ist, als ob der Geist des Landes sich selbst zum Fortschreiten bestimmte und in demselben Moment, wo er von dem Schwunge der materiellen Bewegung fortgerissen wird, sich gleichfalls selbst zügelte.

Der Gegensatz des conservativen und des bewegenden Principes ist an beiden Tafeln, sowohl der Magnaten als der Ständeabgeordneten, scharf ausgeprägt. Wäre nun, wie in England, die oberste Macht allemal der Preis, welcher der obsiegenden Partei zufallen muß, so wäre die Aristokratie in Ungarn überhaupt allmächtig. Allein dem ist nicht so. Die Macht des Kaisers von Oesterreich ist eine sehr reelle Macht, der Einfluß des Verbandes mit der Gesamtmonarchie ein ausschlaggebender, und die Millionen Unbevorrechteter im Lande würden bei einem ernsthaften Conflict zwischen dem Thron und der aristokratischen Opposition sich äußerst schwer zu excentrischen Schritten hinreißen lassen, wo dann die bewaffnete Macht des erstern zuverlässig das entscheidende Wort sprechen würde.

Uebrigens ist von der Umsicht des österreichischen Cabinets mit Bestimmtheit zu erwarten, daß es zu einem so bedauerlichen Conflict nie kommen werde. Die österreichische Regierung kann in dem Proceß, welchen sie mit der magyarischen Opposition auszufechten hat, mit gutem Fuge geltend machen, daß es ihr gelungen sei, die meisten übrigen, ihrem Scepter unterworfenen Völker auf eine höhere Stufe der Bildung und des Wohlstandes zu erheben, als Ungarn dormal einzunehmen sich rühmen darf. Wenn nun die Opposition dawider einwendet, daß es ihre ernstliche, festbeschlossene Absicht sei, die gleichen Resultate im Lande zu erzielen, und dabei den Vorbehalt stellt, die repräsentativen Formen beizubehalten, so steht sie auf dem Boden des guten Rechts. Aber grade aus diesem Verhältniß ergibt sich die Folge einer ziemlich raschen und leichten Vereinbarung zwischen der österreichischen Regierung und der magyarischen Opposition. Jene wird und kann nicht auf halbem Wege stehen bleiben; sie wird auf der Bahn des ruhigen, aber stetigen Fortschritts jenen Punkt erreichen, auf welchem sich die vernünftigen Wünsche der letztern concentriren. Die Zeit, die goldene Zeit ist ein besserer Reformator als der brausende und nur zu schnell wieder verpuffende Radicalismus. — Wenn sich die Opposition mit besonderer Vorliebe auf das Princip der Reformation stützt, wenn aus den Reihen der calvinistischen Bekenner die kräftigsten und feurigsten Vertreter des Fortschritts hervorgehen, so mag man sich mit Recht darüber freuen, vorausgesetzt, daß dieser Religionskampf mit Mäßigung, Weisheit und mit Vermeidung aller Seitensprünge aus dem gesetzlichen Gleise durchgeführt werde.

Man kann ferner, ohne ungerecht zu sein, nicht verkennen, daß die ungarische Aristokratie bei allen Mängeln, welche ihr vermöge des starren Geistes der Institution selbst ankleben, doch im tiefen Grunde ihres Wesens eine wohlwollende ist. Sie ist nicht inhuman; das hat sie durch zahlreiche, dem Wohle des Vaterlandes dargebrachte Opfer bethätigt. Sie hat die Tendenz, ihren drückenden Vorrechten allmählig und im organischen Uebergangswege zu entsagen, allzu entschieden gedauert, als daß hierüber ein Zweifel obwalten könnte. Man dürfte sich solchergehalt der freudigen Hoffnung hingeben, daß, wenn so fortgefahren wird, wie bisher geschah, eine friedliche Umgestaltung der gegenwärtigen Constitution Ungarns in eine der britischen analoge, mit all ihren den Geist erhebenden und zugleich Festigkeit verbürgenden Vortheilen, dereinst zu erwarten sein möchte.

Allein als ob der Geist des Bösen nirgend die reine, ungetrübte Freude echt liberalen Fortschrittes gestatten wollte, sind auch in diesem Lande Keime bitterer, giftiger Zwietracht bereits unheilvoll aufgegangen. Wer könnte wol zweifeln, daß hier der leidige Sprachenkampf gemeint sei? Es kann sich hier nicht mehr darum handeln, die Größe dieses nationalen Conflicts durch Thatsachen zu constatiren; er ist in seiner traurigen Folgeschwere allgemein, selbst von den Magyaromanen anerkannt. Diese haben es sich nun einmal in den Kopf gesetzt, alle andern Sprachen im Lande aus dem Buche des Lebens zu löschen, und wenn sie in neuester Zeit über die Fruchtlosigkeit ihres raschen Beginns stutzig wurden, so haben sie nunmehr beschlossen, minder gewaltsam, aber desto systematischer zu Werke zu gehen. Ja, der offen ausgesprochene Zweck ist die Nullification des deutschen, slawischen, walachischen Idioms, und um ihn zu erreichen, geht man gegenwärtig mit dem Plane um, den öffentlichen Unterricht allenthalben auf die Basis magyarischer Vorträge zu stellen.

Bergibt die angeblich liberale Opposition, daß sie in demselben Moment, wo sie sich mit den ultramagyarischen Tendenzen unzertrennlich verbündet, die Ehrenhaftigkeit ihrer sonstigen Bemühungen muthwillig schmälert? Ist der Rechtstitel, unter welchem sie dieselben verfolgt, nicht das alte Eroberungsrecht, auf welches sie grade keinen Accent legen sollte? Meint sie vielleicht, der politische Vortheil sei überwiegend? Wenn nur eine vollständige Magyarisirung der bisher im Lande friedlich angeessenen Nationen anders denkbar wäre, als auf dem Wege roher Gewalt, der hier nun einmal nicht eingeschlagen werden kann und darf! Die Reaction ist vorhanden. Mögen die Ultramagyarer wohl bedenken, daß die slawischen Interessen, welche sich bisher mit der bloßen Nothwehr behielten, den Schlüssel zur Aeolushöhle fürchtbarer demokratischer Stürme in ihrem Busen verbergen. Deshalb ist nichts dringender zu empfehlen als der Geist der Verfühlichkeit, der brüderlichen Völkerverliebe! Mögen die beredten Wortführer des Magyarismus bald, recht bald, ehe es vielleicht zu spät wird, das Beispiel des edlen Grafen v. Szechenyi nachahmen, das gute Einverständnis zwischen den entzweiten Nationen herzustellen bemüht sein und sich die alte Lehre zu Herzen führen: daß Leidenschaftlichkeit noch immer und ganz besonders in politischen Dingen über ihr Ziel hinauschießt.

Dies unser Glaubensbekenntniß, dies der Geist, in welchem wir über den Verlauf des nächsten Reichstags zu referiren gedenken.

Deutschland.

* Dresden, 7. April. [Fortsetzung des Berichts der Verhandlungen über den Gesetzentwurf: die Befreiung der über 20 Bogen starken Druckschriften von der Censur

betreffend.] Abg. v. Thielau: Er könne die Ansichten einiger Redner, welche die Regierung mit ungleichen Waffen angegriffen, nicht theilen. Sie anzugreifen sei da sehr leicht, wo sie nicht die Macht habe, Das zu gewähren, was sie gewähren möchte. Er nehme bei dem vorliegenden Gegenstande den Maßstab seiner Anforderungen von dem Lande, dem er angehöre. Durch Erörterungen der Pressfreiheitfrage im Allgemeinen könne man nichts erlangen, so lange die Bundesgesetzgebung noch bestehe. Er sei gleichfalls ein Freund der freien Presse, wohl aber verkenne er nicht die Verschiedenheit des Resultats der Pressfreiheit für große und kleine Staaten. England und Frankreich hätten zahlreiche Armeen und Geschworenengerichte zur Aufrechterhaltung der Presse, vermöchten mit Bayonnetten und Flotten ihren Ansichten dem Auslande gegenüber Nachdruck zu geben. In Frankreich habe man keine Censur, dafür aber strenge Strafen für Pressvergehen, hohe Anforderungen — Cauttionen als Bedingung des Gebrauchs der freien Tagespresse. Nun frage sich sehr, ob der Grad von Pressfreiheit, den wir jetzt genießen, sich bei Pressfreiheit aufrecht erhalten lasse, ob insbesondere die Mehrzahl der kleinen Blätter nicht ganz unterliegen und in die Hände der großen Unternehmer übergehen würde. Wunders müsse er sich übrigens, daß der Bundestag Pressfreiheit nicht ausspreche, denn er würde damit weiter kommen als mit Censur, die nun einmal nichts nütze. Daß sie nichts nütze, folge daraus, daß wir sonst verbotene Bücher nicht zu lesen bekommen und daß sie nicht doppelt so viel gelesen werden würden. Gegen die Deputationsvorschlüge habe er Manches zu erinnern, besonders Zweierlei: 1) daß Klagen nicht an die ordentlichen Gerichte gebracht werden sollten, und 2) daß nach ertheiltem Imprimatur Autoren und sonstige Theilnehmer bei der Herausgabe einer Druckschrift noch sollten bestraft werden können. Dies Letztere finde er ganz unbillig, da Jeder, der das Imprimatur suche, dadurch erkläre, daß er den Gesetzen genügen wolle, und da Jeder, der es erlange, dadurch das Zeugniß erhalte, daß er es auch wirklich gethan habe.

Abg. Dr. v. Mayer: Die Deduction für und gegen die Pressfreiheit halte er jetzt für überflüssig, und er lobe daher an dem Referenten, daß er darauf verzichtet habe, etwas längst Bewiesenes nochmals zu beweisen. Deshalb wünsche er, daß man in der allgemeinen Debatte solcher Beweisführungen und allgemeinen Erörterungen sich enthalten hätte, namentlich weil davon die Folge die sei, daß man mit der Berathung des Gegenstandes einen Tag länger zubringe. Die vorliegende Frage sei: was gibt der Gesetzentwurf, und was begutachtet die Deputation? Dringend wünsche er, daß diesmal die Gelegenheit nicht vorübergehe, ohne mit der Presse so weit in Ordnung zu kommen, als es die Lage der Sache erlaube. Die Deputation habe die Mittel gegen Mißbrauch genugsam ins Auge gefaßt. Damit könne die Regierung vollkommen zufrieden sein, und sie werde nicht verkennen, wie wichtig der Gegenstand sei, und zu der Ueberzeugung kommen, daß man, wo nicht jetzt, niemals über eine derartige Vorlage zur Einigung gelangen werde. Die Deputation habe Ueberschwängliches nicht gefordert. Was aus dem Entwurfe wegfallen solle, habe man deshalb in Wegfall zu bringen für gut befunden, um etwas an dessen Stelle zu setzen, womit sich der nämliche Zweck erreichen lasse, das aber nur nicht das nämliche schroffe Ansehen habe wie das Wegfallende.

Abg. v. Wagdorf: Mit großer Aufmerksamkeit sei er dem Vortrage des Hrn. Ministers gefolgt. So wenig er dessen Ansichten zu theilen vermöge, so müsse er doch im Allgemeinen die Ruhe und Mäßigung seines Vortrags anerkennen. Um so mehr bedauere er, daß er an einer Stelle das Feld der ruhigen Discussion verlassen und sich auf das der Persönlichkeiten begeben habe. Einer Maßlosigkeit sei er, der Redner, sich nicht bewußt. Habe er auch mit Wärme gesprochen, so werde ihm die Kammer doch gegen jenen Vorwurf ihr Zeugniß nicht versagen. Fast scheine es, als finde der Hr. Minister in seinen Worten etwas persönlich Verletzendes. Die Absicht, etwas der Art darein zu legen, sei ihm ganz fremd gewesen. Er habe vielmehr eine solche persönliche Hochachtung für ihn, daß auch er glaube, der Hr. Minister halte sich überzeugt, durch jene Verordnung die Staatsverfassung nicht verletzt zu haben. Allein neben einer Verletzung der Verfassung aus Vorbedacht bestehe auch die Möglichkeit einer Verletzung aus Versehen, culpa wolle er es nennen. Daß aber jene Verordnung nicht verfassungsmäßig sei, davon halte er sich noch jetzt überzeugt. Er habe sich oft gegen die Ansichten der Herren Minister erklären müssen, aber immer sei es ihm um seiner selbst willen erwünschter gewesen, sich für sie erklären zu können. Er wünschte es auch hier thun zu können, aber höher als seine persönlichen Wünsche ständen ihm seine Pflichten als Abgeordneter. Abg. Braun: Die Redner, die sich in der allgemeinen Debatte ausführlich über das Thema der Pressfreiheit ausgesprochen hätten, verdienten dafür Dank, keinen Tadel. Denn der Gegenstand sei doch in der That wichtig genug, um auch hier einmal gründlich und freimüthig besprochen zu werden. Mit demselben Rechte, mit welchem man in der Debatte über die Criminalproceßordnung in ausführlichen Reden über das Princip sich ausgesprochen habe, müsse man es auch hier thun können.

Abg. aus dem Winkel: Press-Freiheit und Frechheit seien häufig gleichbedeutend. Er wünsche daher, daß dem Unwesen der Pressfreiheit Grenzen gesetzt würden, namentlich der Tendenz, Andere zu verunglimpfen, öffentliche Einrichtungen in einem unaufrichtigen, böses Blut befördernden Tone zu bekritteln, insbesondere aber auch, jedoch den wissenschaftlichen Bereich ausgenommen, der Anonymität und ihrer Benutzung

zu hämischen Angriffen. Abg. Tzschucke: Zwei Kammermitglieder hätten die Redner der allgemeinen Debatte kritisiert. Dies stehe ihnen nicht zu, sondern nur dem Präsidenten. Uebrigens habe er bei andern Debatten weit längere Reden gehört, sich aber darüber gefreut. Gleichgültig sei es nicht, sich einer Censur unterworfen zu sehen. Abg. Dr. v. Mayer: Es sei seine Absicht keineswegs, eine Censur zu verhängen, denn er huldige der Redefreiheit; er habe aber nur sein Bedauern ausgesprochen, weil es 1) um Gewährung völliger Pressfreiheit sich jetzt gar nicht handle, 2) weil die Regierung ohne Noth angegriffen worden sei. Er wisse sehr wohl, daß die Redner nur der Wärme ihres Gefühls gefolgt seien, aber es sei nicht möglich, daß die Regierung unter den bestehenden Bundesverhältnissen volle Pressfreiheit gewähren könne. Den Vergleich mit der Criminaldebatte müsse er deshalb zurückweisen. Denn bei dieser habe es sich darum gehandelt, der Regierung eine Ueberzeugung zu verschaffen, der sie die Macht gehabt habe, Folge zu geben. Abg. v. Thielau: Die allgemeine Debatte sei noch nicht geschlossen; er gehöre auch zu den Rednern in derselben, und in Bezug darauf müsse er bemerken, daß er sich keine Kritik anderer Redner, sondern nur eine Widerlegung einzelner Ansichten erlaubt habe, vorzüglich der Ansicht, als ob die Regierung in dieser Angelegenheit nicht einen schwierigen Stand habe, und als ob es besondere Schwierigkeiten habe, mit ihr auf diesem Feld eine Lanze zu brechen.

Abg. Oberländer: Wenn die Herren Minister das Princip der Censur auch noch so sehr vertheidigten, selbst mit Beispielen zu großer Milde der Censur, so könne er doch deshalb immer nicht seine Ueberzeugung aufgeben, daß die Censur ungerecht sei. Er verlange nicht, daß die Regierung mit dem Auslande sich in Opposition setzen solle; allein darauf hinzuwirken, daß eine Gesetzgebung, wie sie die Deputation darlege, nicht mehr mit dem Ausland in Opposition stehe, dieses Verlangen sei ein sehr billiges. Abg. Brochhaus: Hätte er in Betreff der Handhabung der Censur in seiner Rede eine Chronique scandaleuse liefern wollen, so hätte ihm eine reiche Auswahl zu Gebote gestanden; allein er habe durch die angeführten Thatsachen nur beweisen wollen, daß das Gesetz nicht herrsche, sondern die Willkür. Er wünsche nichts als die Entstehung eines Gesetzes, das den gemäßigten Gebrauch der Presse gestatte und dem Mißbrauche steuere. Vicepräsident Eisenstuck: Seine Ueberzeugung habe er bereits ausgesprochen; nur über zwei Punkte: den laut gewordenen Wunsch 1) der Entscheidung der Press-Strafangelegenheiten im Rechtswege anstatt der Entscheidung durch die Polizei, 2) die Straflosigkeit Desjenigen, der durch das erlangte Imprimatur dem Gesetze genügt habe, wolle er bemerken, daß die Deputation darauf gleichfalls Bedacht genommen habe, indem sie einmal die Ersetzung der Polizei durch die Administrativjustiz, sodann bei Confiscationen einer censurten Schrift, wenn solche aus Verwaltungsrückichten erfolgten, eine Entschädigung vorgeschlagen habe. Der Wunsch nach einem Pressgesetze habe sich deutlich ausgesprochen; daß die Regierung aber gewähre, was sie gewähren könne, sei ein sehr gerechtes Verlangen, und sie selbst müsse ein Interesse daran haben, daß diesmal ein Pressgesetz zu Stande komme. Abg. Dr. Schröder: Der Inhalt des Deputationsberichts spreche auch seine Ueberzeugung aus; er halte das von der Deputation amendirte Gesetz für dasjenige, was sich unter den dormaligen Umständen erlangen lasse. Abg. Claus: Die Nothwendigkeit einer größern Freiheit der Presse habe er immer anerkannt, sowie die Schädlichkeit der Censur. Er spreche nicht als Gewerbestand, sondern er denke an die mögliche Verkümmern geistiger Erzeugnisse und freier Forschung, an constitutionelles Leben und Vaterland. Durch Erlassung eines Gesetzes, wie es die Deputation vorschlage, werde den Erwartungen noch nicht vollkommen genügt; er verhehle sich indessen nicht, daß sich dormalen wol nicht mehr erlangen lasse.

Referent Abg. Eodt: Zu dem Schlusssatze gekommen, wandle ihn fast die Lust an, darauf zu verzichten, weil er über das Thema der Pressfreiheit und Censur zu viel auf dem Herzen habe. Doch wolle er der einladenden Gelegenheit, es ganz auszuschütten, widerstehen und sich auf einige Bemerkungen hinsichtlich des Berathungsgegenstandes und kurze Widerlegungen beschränken. Man habe das Princip der Pressfreiheit unter die Kategorie des Maßlosen gestellt, von ihren großen Nachtheilen für den Staat gesprochen: das erheische einige Bemerkungen; doch Hauptthema werde ihm sein, daß er Beziehung auf die Handhabung der Censur nehme. Stundenlang würde er darüber sprechen können, wenn er einen vollständigen Supplementband zu den Bundesgesetzen liefern wollte. Es gebe Leute, die ein Schrecken besalle, wenn man Pressfreiheit verlange, ein wahres Grausen, wenn man unbedingte Pressfreiheit verlange. Man sage, man wolle durch die Censur nur den Mißbrauch verhüten. Was heiße das? Wolle man Alles, was schaden könne, unterdrücken, den freien Gebrauch desselben einschränken, so bleibe gar nichts für den rechten Gebrauch übrig. Müste man dann nicht auch, weil das Eisen, aus dem die Pflugschar geschmiedet werde, als Dolch in der Hand des Mörders Andern zum Verderben werden könnte, den Schmied unter polizeiliche Aufsicht stellen? Müste man nicht den Gebrauch des Feuers ganz unterfagen, weil es gemißbraucht Städte und Dörfer zerstören könnte? Warum thue man es nicht? Weil man es nicht durchführen könne. Sonach bestehe nur hinsichtlich der Presse ein Ausnahmezustand. Dieser sei es, dessen Abschaffung man verlange, nicht Freiheit von Strafen für den Mißbrauch, sondern von der Vormundschaft des Censors. Wolle man einem Pflegebefohlenen sein Vermögen vorenthal-

ten, w
wortet
verschle
Presse
gewiß
zu Mi
gen nie
gelegt
seile
Glückli
zu für
rauchen

er zu,
bald se
welcher
plöglich
den sol
geben,
theil d
würde;
des we
noch h
keine C
Censur
zum Ho
Er kom
er Allee
schnell
gegen
Lobe de
den: „
die dem
fungsan
Berufun
worden
Welcher
des Bo
Staatsl
schichte
firten
sich in
von Pr
nicht h
fere die
die Wo
Allgeme
dern S
in „Da
in „drü
Worte
einem
son gem
delst we
schung d
statter.

den au
Launen
hier in
Sachsen
werden
viel gef
worauf
sei. Der
Fitzstern
Professor
wie die
fassers
Weil nu
weiß, da
ließ, z
sei darü
und dabu

Den
den Bes
lassen.
auch ober
Betreten
Beröffent
Man hat
furinstruc
ten diese
denn auch
nicht verö
instruction
sei eine er

den Bes
lassen.
auch ober
Betreten
Beröffent
Man hat
furinstruc
ten diese
denn auch
nicht verö
instruction
sei eine er

den Bes
lassen.
auch ober
Betreten
Beröffent
Man hat
furinstruc
ten diese
denn auch
nicht verö
instruction
sei eine er

den Bes
lassen.
auch ober
Betreten
Beröffent
Man hat
furinstruc
ten diese
denn auch
nicht verö
instruction
sei eine er

den Bes
lassen.
auch ober
Betreten
Beröffent
Man hat
furinstruc
ten diese
denn auch
nicht verö
instruction
sei eine er

den Bes
lassen.
auch ober
Betreten
Beröffent
Man hat
furinstruc
ten diese
denn auch
nicht verö
instruction
sei eine er

ten, wenn er es nach erreichter Mündigkeit vom Vormund ausgeantwortet verlange? Liege denn darin schon die Absicht ausgesprochen, es verschleiern zu wollen? Man spreche viel von den Gefahren der freien Presse für die öffentliche Ruhe, von ihrer zerstörenden Macht, aber gewiß mit Unrecht. Fände sich in einem Staate einmal Veranlassung zu Mißvergnügen, so würde er gegen Ruhestörungen und Umwälzungen nicht sicher sein, und wenn auch alle Buchdruckerpressen an Ketten gelegt würden. Fände sich aber kein Anlaß dazu, so könnten hundert feile Scribenten gegen ihn auftreten, sie würden nur verlacht werden. Glückliche Staaten hätten keine Macht außer der öffentlichen Meinung zu fürchten. Aber wo kein Zunder liege, brauche man auch das Tabakrauchen nicht zu verbieten.

Die Uebergangsperiode von der Censur zur Pressfreiheit, das gebe er zu, könnte manches Unbequeme haben; aber der Strom werde bald sein rechtes Bett finden. Könne man denn verlangen, daß Der, welcher Jahre lang im dunkeln Kerker geschmachtet habe, wenn ihn plötzlich wieder das Sonnenlicht bescheine, davon nicht geblendet werden sollte? Was die Ausübung der Censur anlangt, so könne er zugeben, daß Manches gedruckt erscheine, aber ein vollgültiges Urtheil darüber könne man nur aus Dem entnehmen, was unterdrückt würde; daher bleibe der Zustand der Censur immer etwas Schwankendes wegen ihrer Unheimlichkeit. Jede Lobrede der Censur stehe immer noch himmelweit ab von Pressfreiheit, weil auch eine milde Censur keine Gewähr leiste, daß sie so bleiben werde. Die Liebkosungen der Censur gewährten die Freiheit nicht. Werde denn der Knecht dadurch zum Herrn, daß er einmal mit an des Herrn Tische sitzen dürfe? Er komme nun auf die Frage: Ist die Censur wirklich liberal? Könnte er Alles vorführen, was nicht habe gedruckt werden dürfen, so würde sie schnell entschieden sein. Er wolle einen Beleg geben, wie die Censur selbst gegen Das verfare, was zu den innern Landesangelegenheiten, selbst dem Lobe des regierenden Fürsten gehöre. In einer Schrift sei gesagt worden: „Seine aufrichtige Gesinnung für die Sache der Constitution beweist die dem Bundestagsgesandten in Betreff der hannoverschen Verfassungsangelegenheit ertheilte Instruction, und des Professors Albrecht Berufung an die Universität zu Leipzig.“ Dieses Lob sei gestrichen worden; ebenso folgende Stelle in dem Staatslexikon von Rotteck und Welcker: „Fürsten sind Bewahrer, nicht Eigenthümer des Vermögens des Volks.“ Ebenso seien Citate aus dem Werk eines der ersten Staatsbeamten: „Ueber Militairverfassung u.“, desgleichen in der „Geschichte der neuesten Zeit“ von Dr. Burkhardt Citate aus andern censurirten Werken gestrichen worden. Die Censur gerathe aber auch mit sich in Widerspruch. Als Beweise führe er an, daß die Gedichte von Prug, ein Werk über die Revolution in Braunschweig, in Leipzig nicht hätten gedruckt werden dürfen, wohl aber in Jena. Curiosa liefere die Handhabung der Censur gleichfalls in Fülle; z. B. hätten die Worte in dem genannten Burkhardt'schen Geschichtswerke: „Die Allgemeine Zeitung trompetete zwar“ in „äußerte sich“, in einer andern Schrift die Worte: „das Dasein einer jesuitischen Camarilla“ in „Dasein einer Partei“, der Ausdruck „unerschwingliche Steuern“ in „drückende“, das Beiwort „jammervoll“ in „unerfreulich“, die Worte „hochadelige Camarilla“ in „Auswurf des hohen Adels“, in einem Briefe, worin ein Freund das Erkranken einer hohen Person gemeldet, das Eigenschaftswort „krank“ in „unpäßlich“ umgewandelt werden müssen. So habe ein Censor einem Puristen die Verdeutschung des Wortes „Cavalerie“ durch „Pferdevolk“ durchaus nicht gestattet. Aber nicht bloß Lächerlichkeiten erzeuge das Walten der Censur, sondern auch Trauer, auch ansehnliche Vermögensverluste führten ihre Launen herbei. So habe z. B. von dem in erster und zweiter Auflage hier in Dresden erschienenen Werke: „Die Feldzüge Napoleon's in Sachsen“ von v. Odeleben, eine dritte unveränderte Auflage veranstaltet werden sollen. Der Censor habe aber gleich in den ersten Bogen so viel gestrichen, daß der Verleger dieselben zu Maculatur gemacht habe, worauf der Druck ohne Veränderung in Leipzig mit Censur geschehen sei. Der nämliche Verleger habe das Werk: „Die Urwelt und die Fixsterne“, das einen sehr loyalen Mann zum Verfasser habe, den Professor Schubert in München, in einer dritten Auflage, welche wie die beiden ersten zwei mecklenburgischen Prinzessinnen, des Verfassers frühern Schülerinnen, gewidmet gewesen sei, erscheinen lassen. Weil nun die Censur den mit großem Aufenthalt verbundenen Nachweis, daß dieselben sich auch für diese Auflage die Dedications gefallen ließen, zur Bedingung der Erlaubniß zur Ausgabe gemacht habe, so sei darüber der rechte Zeitpunkt zur Versendung des Werks vergangen und dadurch dem Verleger Verlust zugefügt worden.

Den Einwurf des Hrn. Ministers, daß durch den Instanzenzug den Beschwerden abgeholfen werden könne, vermöge er nicht gelten zu lassen. Was unten die Censur nicht passire, passire sie in der Regel auch oben nicht, oft weit weniger. Uebrigens verfliehe auch über der Betretung des Instanzenzugs gewöhnlich der rechte Zeitpunkt für die Veröffentlichung einer Zeitschrift, ganz besonders bei Fragen der Zeit. Man habe sich in der Deputation für die Veröffentlichung der Censurinstructionen ausgesprochen, und die H. H. Regierungskommissare hätten diese Forderung auch zugestanden. Dies reiche jedoch nicht aus; denn auch die Verweise enthielten Instructionen, gleichwol würden sie nicht veröffentlicht. Es gebe aber auch nicht veröffentlichte Specialinstructionen, seit 1830 wol ein Duzend. Zu Anfang dieses Jahres sei eine erschienen, die kein günstiges Licht auf die Handhabung der

Censur werfe. Die Worte am Schlusse: „Sollten jedoch die Censoren besonders, von ihnen oder den Censurcollegien nicht selbst zu erledigenden Schwierigkeiten begegnen u.“, so haben sie Bericht an das Ministerium zu erstatten“, deuteten auf geheime Beziehungen und Maßregeln hin, von denen die Betheiligten nichts erführen. Auch die Handhabung der Censur in Betreff der Localblätter gebe gerechten Grund zu Beschwerden und beweise die Absicht größerer Strenge. Den Nutzen dieser Blätter habe die Regierung selbst anerkannt, indem sie sich ihrer oft zur Verständigung bedient hätte, sie seien aber auch für den Bürger der Provinzialstädte nothwendig, weil dieser große Zeitungen nicht lese. Seit einer Anordnung vom vorigen Sommer sollten nun in solche Blätter Artikel über auswärtige Politik gar nicht mehr aufgenommen werden, oder nur solche, welche in der Leipziger Zeitung gestanden hätten. „Sollen wir, fuhr der Redner fort, in der Provinz weiter nichts lesen als die gute Leipziger Zeitung, in der That dann sind wir auf Krankenkost gesetzt.“ Von jener Anordnung könne aber das ökonomische Interesse der Leipziger Zeitung nicht der Grund sein, weil sich dieses durch einen Canon schützen lasse. Ja dieses Bevormundungssystem sei so weit gegangen, daß er selbst wegen des Adorfer Wochenblattes unter die Aufsicht des königl. Gerichts zu Adorf, also der Stadtrath, eine Polizeibehörde, unter die Beaufsichtigung einer Gerichtsbehörde gestellt worden sei; ja diese sei angewiesen worden, den Aufpaffer zu machen. Wie nachtheilig dies sei für das freundliche Bernehmen zweier sich coordinirter Behörden und wie wenig es sich durch Gesetz rechtfertigen lasse, brauche er nicht weiter auszuführen. Er gedenke noch der Aufzoderung von Seiten der Leipziger Kreisdirection an die Censoren, nicht nur zu streichen, sondern nicht Gestrichenes, wenn es ihnen unzulässig erscheine, auch zu denunciiren. Sei das Milde? Er könne noch mehr Beweise anführen, durch Thatsachen, geschehen kurz vor dem Beginne des Landtags, der bestimmt gewesen sei, die Zusage der Verfassungsurkunde in Betreff der Pressfreiheit zur Erfüllung zu bringen. „Alles, schloß der Referent, rath daher ein Gesetz an, wie es die Deputation amendirt hat. Wünsche ich dessen Annahme mit den Amendements als ein Mittel zur Abstellung eines Theils der Beschwerden, so lege ich doch noch mehr Werth auf den Antrag an die Regierung, bei dem Bundestag auf Erfüllung der Art. 18 der Bundesacte ertheilten Zusage hinzuwirken. Zwar lassen manche Vorgänge, z. B. das Verbot der Leipziger Allgemeinen Zeitung in Preußen, die gegen die augsbürger Allgemeine Zeitung, die doch in der That nicht zu den ultraliberalen Blättern gerechnet werden darf, angeordneten verschärften Censurmaßregeln, keine große Geneigtheit, diesen Antrag zu erhören, verhoffen. Aber von dem entschiedenen Auftreten der deutschen Ständeversammlungen verspreche ich mir doch etwas. Wenn sie alle den gleichen Antrag stellen, so wird man doch endlich erkennen, daß ein bindendes Versprechen noch nicht vergessen ist, daß die Stammväter deutscher Erde ihr Recht nicht aufgeben. Die hohe Versammlung in Frankfurt heißt „deutscher Bund“. Ein altes Sprüchwort sagt: Ein deutscher Mann ein Wort. Ich hoffe daher, daß auch diese hohe Versammlung, ihres Namens eingedenk, einem bündigen Versprechen die endliche Erfüllung nicht versagen wird. Man kann sagen: der jegige Zeitpunkt ist noch nicht geeignet dazu, die Zeiten sind noch nicht ruhig genug. Aber, meine Herren, wollen wir noch eine größere Ruhe erwarten, so wird es keine andere Ruhe sein als die Ruhe des Grabes!“

Personalnachrichten.

Orden. Dänemark. Dannebrogorden, Verdienstkreuz: der Director des Gymnasiums zu Altona, Prof. Dr. Joh. Hans Cord Eggers. — **Preussen.** Rother Adlerorden 3. Kl.: der sardinische und lucasische Gesandte in Berlin, Graf Costa de Beauregard; 4. Kl.: der katholische Pfarrer Helwig zu Nowag, der Kreisphysikus Dr. Schüller zu Lüben, der Cantor und Organist Biegner zu Landsberg. **Ernennungen.** Der dreundsiebzigjährige Wordsworth ist an des verstorbenen Southey Stelle in London zum Postpoeten ernannt worden.

Wissenschaft und Kunst.

* Leipzig, 13. April. Der Stadtrath mit Zustimmung der Stadtverordneten hat beschlossen, dem Generalmusikdirector und Hofkapellmeister Dr. Mendelssohn-Bartholdy das Ehrenbürgerrecht der Stadt Leipzig zu conferiren, und ist die desfallsige Urkunde ihm heute übergeben worden.

* Wien, 9. April. Das Gesuch der hiesigen homöopathischen Aerzte, daß ein derartiger Lehrstuhl an unserer Universität errichtet werden möge, hat, wie es heißt, bei den Behörden so beifälligen Anklang gefunden, daß einem allerhöchsten Beschlusse in diesem Sinne entgegenzusehen wird.

* Rom, 27. März. Die Ausstellung, welche alljährlich vor der Porta del Popolo stattfindet, zählte in diesem Jahre sehr wenig Bilder von Bedeutung, erhielt dagegen aber in den letzten Tagen einen ausgezeichneten Zuwachs durch zwei Statuen des trefflichen Steinhäuser, eines Künstlers, welcher in Deutschland noch lange nicht zu dem Rufe gekommen ist, welchen ihm seine Werke längst gesichert haben sollten. Die eine ist eine Wiederholung seiner ersten, noch in Berlin gefertigten Arbeit: ein anmuthiges Knäbchen, niederkniend, um einen Krebs zu fassen, neben sich ein Reg, das Köpfchen empor gerichtet. Die zweite stellt einen Fischernaben dar: sitzend, den Oberkörper vorgebeugt, schaut er mit träumerischem Blicke dem Spiele der Wellen zu, in welche er seine Angel versenkt hat. Beide Köpfe sind mit höchster Meisterschaft gearbeitet, ebenso

die nackten Körperformen, ein treues Abbild der schönsten jugendlichen Natur. Dem Ausdruck des Gesichtes nach sollte man glauben, dem Künstler habe, als er die Idee zu diesem seinem Fischer gefaßt, Goethe's Fischer vorgeschwebt; allein die jugendliche Gestalt zeigt, daß dies weniger der Fall war. Man muß im Interesse der Kunst wünschen, daß ein so ausgezeichnetes Talent, wie das des genannten Künstlers, bald Gelegenheit erhalte, sich auf einem größern Felde zu zeigen, und wir freuen uns daher, melden zu können, daß sich einige Aussicht dazu darzubieten scheint, indem Hr. Steinhauser gegenwärtig an der Skizze zu einem Denkmal arbeitet, welches seinem berühmten Landsmanne, dem Astronomen Olbers, in seiner Vaterstadt Bremen gesetzt zu werden bestimmt ist. So weit man nach dem kleinem Thonmodelle bereits urtheilen kann, ist auch dieses Werk höchst genial gedacht und ausgeführt. Das Piedestal ist von dem nicht minder talentvollen Architekten Glogstein aus Bremen, welcher sich zu Vollenbung seiner Fachstudien hier aufhält, erfunden und wird von ihm in Steinhäusers Atelier gleichfalls modellirt. Es ist in byzantinischem Styl ausgeführt; an den Seiten werden Reliefs, an den Enden Consolen mit Statuen angebracht, deren einige von Steinhauser bereits in Thon skizziert sind. Zwar hören wir, daß einstweilen diese Skizze nur für die in Bremen im kommenden Frühlinge zu veranstaltende Kunstausstellung gefertigt wird; da indeß von mehren Seiten Aufforderungen zu diesem Ende an den Künstler ergangen sind, so scheint es kaum zweifelhaft, daß man in Bremen ernstlich daran denkt, jenem großen Gelehrten ein Monument zu errichten. In jetziger Zeit, wo so viele Denkmäler gestiftet sind, möchte wol Wenigen ein solches mehr zukommen als jenem Manne, welcher so viel zur Erweiterung der Himmelkunde beigetragen hat. Zugleich freut man sich, zu hören, daß in den Hansestädten, welchen man so lange nur Sinn für materielle Interessen zuschreiben wollte — mit welchem Rechte, lassen wir dahin gestellt — endlich doch auch Sinn für die Kunst sich zu regen anfängt, und wenn schon der Gedanke einer Kunstausstellung davon ein Zeichen ist, so würde ein Denkmal eines seiner größten Männer, ausgeführt von seinem eingeborenen trefflichen Künstler, auch in dieser Hinsicht Bremens Ruf neu begründen. Wir hoffen, daß jedenfalls die Skizze noch schnell genug vollendet werde, um, wenn auch nur für wenige Tage, die Popolo-Ausstellung zu zieren, auf der Gegenstände von solcher Bedeutung selten erschienen sein mögen. Wüßten dann späterhin die Bremer Kunstfreunde mit demselben Beifalle das Werk aufzunehmen, welchen man ihm hier schon in dem Atelier des Künstlers zollt, obwol es noch in den ersten Anfängen sich befindet.

Die Jahresversammlung der Bühnendichter und Componisten in Paris fand vor kurzem unter dem Vorsitze des Hrn. Vincent statt. Es wurde mitgetheilt, daß die Jahreseinnahme für Verfasserechte nur 772,230 Fr. betragen habe, was im Durchschnitt kaum 4000 Fr. für jeden Schriftsteller mache, sodas die Bühnendichter sich keineswegs in glänzenden Verhältnissen befänden. Im vorigen Jahre waren für Verfasserechte 842,394 Fr. eingekommen. Dem Vereine gehören jetzt gegen 400 Bühnendichter an, von denen jedoch die Hälfte nicht mehr schreibt.

Handel und Industrie.

Eisenbahn. Dresden, 12. April. Wir finden in öffentlichen Blättern eine Bekanntmachung der Berlin-Anhaltische Eisenbahndirection, wonach sich dieselbe bereit erklärt, Güter, welche auf ihrer Bahn in Berlin ankommen und nach Stettin oder Frankfurt a. d. O. bestimmt sind, gleich direct nach den betreffenden Bahnhofen hinschaffen und den jenseitigen Güterdirectionen übergeben lassen zu wollen, sodas es nun der oft lästigen, hemmenden und jedenfalls kostspieligen Dazwischenkunft eines sogenannten Spediteurs nicht weiter bedarf. Wenn wir auf der einen Seite der berliner Direction ein aufrichtiges Lob spenden, daß sie, über veraltete Vorurtheile sich wegschüttelnd, eine Einrichtung ins Leben ruft, welche bei dem ineinandergreifenden Verlehr angrenzender Eisenbahnen recht eigentlich in der Natur der Sache liegt, so müssen wir andererseits unsere Verwunderung darüber an den Tag legen, daß dies nicht schon längst auch auf andern, ähnlich situirten Eisenbahnen eingeführt ist. Auf unsere nach Magdeburg gegebenen Ordres: unsere Kaffeesäcke, Zuckerkässer und andere Güter per Eisenbahn direct hierher zu senden, hat man uns erwidert: „Das geht nicht, Sie müssen es an einen leipziger Speditur adressiren lassen“; und wollen wir hier etwas nach Berlin, Halle, Magdeburg etc. zur Eisenbahn geben, so bekommen wir dieselbe Antwort. Wie ist denn das? Wollen die Eisenbahndirectionen die Spediturs auf Kosten des Publicums begünstigen? Fast scheint es so, obgleich es nicht denkbar ist, da wir keinen Nutzen für die Eisenbahn darin erblicken können. Unsere vaterländische Eisenbahn ist immer rühmlich vorangegangen, im Interesse des Publicums den Verkehr zu erleichtern, und es ist schmerzlich, daß sie in dieser Angelegenheit, vielleicht aus überverstandener Liebe zum Frieden, durch ein jüngeres Institut überholt worden ist. Wie soll das werden, wenn bald längere Eisenbahnlinien zusammenhängen? Soll man da von Bahn zu Bahn einem Speditur tributair werden, so möchte die Brähe mehr kosten als der Braten und die Güter nicht viel schneller ans Ziel gelangen, als durch das bisherige Frachtfuhrwerk. Wem fällt es bei Versendungen mit der Post nach den entferntesten Orten wol ein, sich an Spediturs zu wenden? Hier übergeben und empfangen die Postbehörden der verschiedenen Staaten und berechnen sich untereinander. Warum soll es bei Eisenbahnen anders sein, und aus welchem Grunde zögert man, Erleichterungen einzuführen, welche das Publicum mit Sehnsucht erwartet und ein Recht hat zu erwarten, da doch Eisenbahnen „gemeinnützliche“ Anstalten sein sollen, wenigstens unter diesem Gesichtspunkte von den Staaten concessionirt sind? Wüßten doch alle andern Eisenbahndirectionen das von Berlin aus ergangene Beispiel beherzigen und ihm bald folgen; sie würden sich dadurch den Dank des größern Publicums erwerben und sicherlich auch den ihrer Leistung untergebenen Instituten Nutzen stiften.

Handelsbericht. Aus Sicilien, 12. März. Schon seit mehr als einem Jahr arbeitete man bekanntlich in Neapel an einem neuen Han-

deltractate mit England, welches für seine Manufacturen sich hier einen etwas breiteren Ausweg zuzusichern wollte. Für die diesseitigen Producte wenig einräumend, foderten die englischen Commissare bedeutende Begünstigungen für ihre Flagge sowol als für die Erzeugnisse ihres Kunstfleißes. Der sicilianischen nie übertroffenen Schlaueit scheinen die Engländer kalte Ausdauer entgegenzusetzen zu haben; endlich scheint etwas zu Stande gekommen zu sein, von dem aber das Publicum noch nichts kennt, aber Alles fürchtet, denn man weiß ja, daß England nur um Begünstigungen für die eignen Erzeugnisse Unterhandlungen für Handelstractate anknüpft; wie sich aber dabei die bereits auf einen gewissen Grad von Vollkommenheit gediehenen Baumwollenmanufacturen bei Neapel stellen werden, wird die Folge und der Inhalt des Tractats lehren. — In Neapel hat sich eine Gesellschaft zu Erbauung von Dampfschiffen von 4—500 Pferdekraft zur transatlantischen Schifffahrt gebildet, und eine königl. Verordnung räumt derselben nicht unbedeutende Vortheile bei Beobachtung der Sanitätsvorschriften ein. Ebenso spricht man sogar jetzt davon, daß, durch eine hohe Person aufgemuntert, eine Gesellschaft von Kaufleuten in Neapel beschloßen habe, die triester Handelsgesellschaft nachahmend, kenntnisvolle Leute nach der Levante, Aegypten und sogar nach Ostindien zu senden, um in diesen dem hiesigen Handel noch ganz unbekanntem Ländern einen neuen Ausweg für die Erzeugnisse der Kunst und der Natur beider Sicilien aufzusuchen.

Münzausprägung. Seit Einführung des neuen Münzfußes sind bis zum 18. März im Königreiche Sachsen überhaupt ausgeprägt worden: 23,625 Thlr. in einfachen und halben Augustdor, 515,486 Thlr. in Doppelthalern, 5,856,791 Thlr. in Thalern, 295,350 Thlr. 20 Ngr. in $\frac{1}{2}$ -Thalern, 302,538 Thlr. in Doppelneugroschen, 232,113 Thlr. 16 Ngr. in Neugroschen, 112,862 Thlr. 2 Ngr. in halben Neugroschen, 8419 Thlr. 3 Ngr. 6 Pf. in Zweipfennigstücken und 3470 Thlr. 18 Ngr. 9 Pf. in Pfennigen, in Summa 7,350,956 Thlr. 5 Pf.; und zwar: 23,625 Thlr. in Gold, 6,667,627 Thlr. 20 Ngr. in Silber- und Courantmünze, 647,513 Thlr. 18 Ngr. in Silber- und Scheidemünze und 11,889 Thlr. 22 Ngr. 5 Pf. in Kupferscheidmünze.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 11. April. Destr. Bact. 1980; 250 Fl. E. 115 $\frac{1}{2}$; 500 Fl. E. 143 $\frac{1}{2}$; Bair. 3 $\frac{1}{2}$ pc. 102 $\frac{1}{2}$; Bad. 50 Fl. E. 53 $\frac{1}{4}$; Darmst. 50 Fl. E. 67 $\frac{1}{4}$; 25 Fl. E. 27 $\frac{1}{2}$; Nass. 25 Fl. E. 25. London, 7. April. 3pc. Cons. 96 $\frac{1}{8}$; Port. 3pc. —; Span. act. 23 $\frac{1}{8}$, neue 3pc. 31 $\frac{1}{8}$; Holl. Int. —

Actien. Frankfurt a. M., 11. März. Launus. 370 $\frac{1}{2}$. **Berliner Börse,** 12. April. Neue 3 $\frac{1}{2}$ pc. Ostschsch. 103 $\frac{1}{8}$, 4pc. engl. 102 $\frac{1}{8}$ Br., Prämisch. 92 Br., 3 $\frac{1}{2}$ pc. Pfandbr. ostpr. 104, westpr. 103, schles. 102 $\frac{1}{4}$, pomm. 103 $\frac{1}{2}$, kur- u. neum. 103 $\frac{1}{2}$ Br., 4pc. posen. 106 $\frac{1}{8}$ Br., neue 3 $\frac{1}{2}$ pc. 102 $\frac{1}{8}$ Br.; Eisenbahn, 5pc. Berl.-Potsd. 133 $\frac{1}{2}$ Br., Prior.-Act. 103, Anhalt. 116 $\frac{1}{4}$, Prior.-Act. 103 $\frac{1}{2}$, Frankf. a. d. O. 115 $\frac{1}{2}$, 4pc. Oblig. 103 $\frac{1}{4}$, Magdeb. Leipzig, Prior.-Act. 103 $\frac{1}{2}$, Düsseldorf. Elberf., Prior.-Act. 94 $\frac{1}{2}$ Br., Rhein. 74, Obligat. 96 $\frac{3}{4}$ Br., Oberschl. 108 Br., Stett. A. 110 Br., Stett. B. 110 $\frac{3}{4}$, Dukat. —, Friedrichsb. 113 $\frac{1}{8}$, Louisd. 111 $\frac{1}{4}$. Disconto 3 $\frac{1}{2}$ Proc. Belg., 5pc. Rothsch. —; Dänem. 3pc. engl. —; Darmst., 25 Fl. E. 16; 3 $\frac{1}{2}$ pc. Hamb. Feuerkassen St.-A. 96 $\frac{1}{2}$; Holl., 2 $\frac{1}{2}$ pc. Int. 54 $\frac{1}{4}$; Nass., 25 Fl. E. 14 $\frac{1}{8}$; Neap., 5pc. Falcon. —, engl. Rothsch. 103; Dester r., Met. 5pc. —, 4pc. —, 3pc. —, 1pc. 26 $\frac{1}{2}$; Bact. 1140 Br., 500 Fl. E. —; Polen, 5pc. Schagoblig. 98 $\frac{3}{8}$, 4pc. Pfandbr. 95 $\frac{1}{8}$, neue 94 $\frac{1}{2}$, Bcert. 95 $\frac{1}{4}$, 300 Fl. E. 85 $\frac{1}{8}$, 500 Fl. E. 92 $\frac{1}{2}$, Bcert. à 300 Fl. 102 $\frac{1}{8}$, à 200 Fl. 31 $\frac{1}{2}$; Rusl., 5pc. Cert. 109 $\frac{1}{4}$ Br., Hope 104 $\frac{1}{8}$ Br., 4pc. 94 $\frac{1}{8}$, Drig. Stiegl. 95, 5pc. engl. 115 $\frac{1}{4}$.

Leipziger Börse am 13. April 1843.

Course tm 14 Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere, Actien exelus. Zinsen.	Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam pr. 250 Ct. fl.	118 $\frac{1}{2}$	—	—	K.S. Steuer-Cred.-Kassen-Scheine à 3% im v. 1000 u. 500 $\frac{1}{2}$	99 $\frac{1}{2}$	—
Augsburg pr. 150 Ct. fl.	102 $\frac{1}{2}$	—	—	14 $\frac{1}{2}$ F. kleinere	—	—
Berlin pr. 100 $\frac{1}{2}$ k. S.	99 $\frac{1}{2}$	—	—	K. S. Kammer-Cred.-Kassen-Scheine à 2% i. 200 F. v. 500, 200 u. 50 $\frac{1}{2}$	—	—
Pr. Ct.	—	—	—	v. 500, 200 u. 50 $\frac{1}{2}$	—	—
Bremen pr. 100 $\frac{1}{2}$ k. S.	111 $\frac{1}{2}$	—	—	K. Sachs. Landrentenbriefe à 3% im v. 1000 u. 500 $\frac{1}{2}$	103	—
Lsd. à 5 $\frac{1}{2}$ k. S.	—	—	—	14 $\frac{1}{2}$ F. kleinere	—	—
Bresl. pr. 100 $\frac{1}{2}$ k. S.	98 $\frac{1}{4}$	—	—	K. Preuss. Steuer-Credit-Kassen-Scheine à 3% im v. 1000 u. 500 $\frac{1}{2}$	100	—
Pr. Ct.	—	—	—	20 fl. F. kleinere	—	—
Frankfurt a/M pr. 100 Fl. in S.W.	151 $\frac{1}{2}$	—	—	Leipz. Stadt-Obligationen à 3% im v. 1000 u. 500 $\frac{1}{2}$	99 $\frac{1}{2}$	—
Hamburg pr. 300 Mk. Bco.	150 $\frac{1}{2}$	—	—	14 $\frac{1}{2}$ F. kleinere	—	—
London pr. 1 Pfd. St.	26	—	—	Lpz.-Drdn. Eisenb. P-Obl. à 3% im v. 1000	106 $\frac{1}{2}$	—
Paris pr. 300 Frcs.	80 $\frac{1}{2}$	—	—	K. Pr. St.-Sch.-Scheine à 3% in Pr. Ct. pr. 100	163 $\frac{1}{2}$	—
Wien pr. 150 fl.	104	—	—	Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3% (300 Mk. B.—150 $\frac{1}{2}$ f. K.K. Oestr. Metall. pr. 150 fl. Conv.	—	106 $\frac{1}{2}$
Conv. 20 kr.	—	—	—	à 3% } laufende Zinsen	115	—
Augstd. à 5 $\frac{1}{2}$ k. S.	—	—	—	à 4% } à 103% im 14 $\frac{1}{2}$ F.	—	—
Br. u. à 21 K. 8 G. auf 100 Pr. Friedrichsd'or à 5 $\frac{1}{2}$ k. S.	—	—	—	à 3% }	—	—
idem auf 100 And. ausl. Louisd'or à 5 $\frac{1}{2}$ k. S. nach geringeren Ausmünzusse auf 100	—	—	—		—	—
Holl. Duc. à 3 $\frac{1}{2}$ k. S.	11 $\frac{1}{2}$	—	—		—	—
Kaiserl. d. d. d. d.	6	—	—	Act. d. W. B. pr. St. à 103%	1140	—
Bresl. d. d. d. d. d.	6	—	—	Leipziger Bank-Actien à $\frac{1}{2}$ 250 pr. 100	—	120
Passir d. d. d. d. d.	6 $\frac{1}{2}$	—	—	Lpz. - Dr. Eisenb. - Actien à $\frac{1}{2}$ 100 pr. 100	113 $\frac{1}{2}$	—
Conv.-Spec. u. Glid. d.	3 $\frac{1}{2}$	—	—	Sächs.-Bair. d. pr. 100	98 $\frac{1}{4}$	—
idem 10 u. 20 kr. d.	—	—	—	Magdeb.-Lpz. d. incl. Div. Sch. d. pr. 100	—	147 $\frac{1}{4}$
Gold pr. Mk. fein Köln. Silber d. d. d.	—	—	—		—	—

Verantwortliche Redaction: Professor F. Wilau.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

Leipziger Post...
Deutscher...
Preussische...
Spanische...
Gros...
Französisch...
Nieder...
Schwe...
Itali...
Lürk...
Hand...
Kauf...
* 1...
2096...
Deuts...
wo die...
ten die...
Um die...
denfall...
in den...
vollem...
vergon...
zu erh...
für die...
schwäch...
und w...
wenigst...
Feldher...
Kriege...
heutind...
nur fri...
zöfische...
rathsch...
gen Fe...
trauen...
reau u...
Maffens...
sein B...
bewähr...
talente...
noch m...
wenn e...
der rech...
sich M...
den die...
ihre D...
Deuts...
Zeiten...
deutsche...
durch d...
Patrio...
Bedrän...
geflüch...
Napole...
deutsche